

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 125 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 6/2005 · VOM 27. MAI 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Soziales Experiment jenseits
abstrakter Wertproduktion**
10 Jahre »Barnimer Bürgerpost«

7 | **Interessen
gemeinsam vertreten**
Berichte von den Montagsdemos

14 | **Eberswalder Kradschützen
in Hitlers »Blitzkrieg«**
Kriegstagebuch der 6. Kompanie

Haushaltsdefizit und Anteilverkauf:

Ökonomische Disqualifizierung

Am Sparkurs wird sich nichts ändern, sagt Bürgermeister Schulz.

Daß sich an seiner Politik nichts ändert, das ist wirklich hinreichend bekannt und wohin das führt, zeigt auch und gerade seine Haushaltspolitik. Wenn er aber sagt, daß sich am Sparkurs nichts ändert, dann frage ich: an welchem Sparkurs? Hier wird doch Streichen mit Sparen verwechselt.

Sparen beginnt mit der Analyse der Ursachen von Fehlentwicklungen. Als einzige Ursache der Finanznot wird aber nur die rückläufige Bevölkerungsentwicklung gesehen, die zu geringeren Landeszuweisungen führt. Die Abnahme der Einwohnerzahlen war aber lange vorhersehbar, wurde zunächst ignoriert und ist immer noch nicht Grundlage für städtische Planungen. Noch immer wird das Heil im Zuwachs gesucht – im Zuzug von Menschen und der Ansiedlung von Unternehmen, in der Erweiterung der Infrastruktur und von Gewerbeflächen. Dafür ist Geld da bzw. wird es flüssig gemacht. Zuwachs ist der Inbegriff wirtschaftlicher Klugheit. Dafür wird bei der »weichen Infrastruktur« gestrichen und damit die Lebensqualität vermindert.

Fehler werden nur außerhalb der eigenen Zuständigkeit gesucht. Der eigene Anteil an der Finanzmisere wird völlig ausgeblendet. Das gilt auch für die Versuche der StVV, Haushaltssicherungskonzepte auszuarbeiten und zu beschließen. Aber ohne eine grundsätzliche Änderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik kann das nicht gelingen.

Nun zeichnet sich ab, daß die StVV den Verkauf der restlichen Anteile an den Stadtwerken beschließen wird – zumindest läßt die Zustimmung der Gesellschafterversammlung der TWE darauf schließen. Aber niemand stellt die Frage, wo denn eigentlich die 12,7 Mio Euro geblieben sind, die der Verkauf der ersten Hälfte der Anteile gebracht hat. Die Stadt hat jedenfalls nichts davon gesehen. Von dem jetzt erwarteten Verkaufspreis von 16,7 Mio Euro sollen auch nur 5 Mio in die Stadt fließen. Den Rest werden die TWE in den nächsten Jahren für ihre Verluste verplempern, so wie von den 12,7 Mio Euro kaum noch was übrig ist! Hier könnten die vermeintlichen Finanzexperten der Stadt ihr Können beweisen, indem sie die TWE aus den Verlusten herausbringen oder auflösen.



Resultat Schulzischer Stadtentwicklung. Im übertragenen und im tatsächlichen Sinn: Trümmerwüsten

Wer ohne Analyse der Ursachen der Fehlentwicklungen bzw. in Verneinung der tatsächlichen Ursachen die Lösung im Verkauf des Tafelsilbers sucht, ist kein brauchbarer Ökonom sondern ein permanentes wirtschaftliches Risiko für die Stadt.

Beim Verkauf der ersten Hälfte der Anteile für 12,7 Mio Euro wurde von einem guten Geschäft gesprochen. Der jetzt anvisierte Verkaufspreis von 16,7 Mio Euro (4 Mio Euro mehr!) straft diese Aussage Lügen. Wenn nun in einer Finanzkrise quasi ein Notverkauf erfolgt, werden mit Sicherheit keine Spitzenwerte bezahlt. Den tatsächlichen Wert der Anteile kann man nur ermessen, wenn man in Rechnung stellt, daß die Energielieferanten derzeit enorme Gewinne einfahren, die selbst schon die Kartellämter auf den Plan gerufen haben. Wer in dieser Situation verkauft, disqualifiziert sich als Ökonom vollends.

ALBRECHT TRILLER

Neuwahlen im Herbst – auch in Eberswalde?

Erwartungsgemäß gaben die nordrheinwestfälischen Wählerinnen und Wähler der letzten rot-grünen Landesregierung den Laufpaß. Geradezu Folgerichtig im politischen Vabanquespiel kam die sofortige Ankündigung der SPD-Spitze, den Bundestag noch in diesem Jahr neu wählen zu lassen. Selbst in bitterster Niederlage vermag es der populistische Schönling auf dem Kanzlerstuhl, der siegreichen CDU die Schau zu stehlen. Schröder bleibt Schröder. Ob es ihm und seiner SPD etwas nützt, sei dahingestellt.

Die Eberswalder Politik jedenfalls sollte jetzt die Chance nutzen und auf eine schnelle gerichtliche Entscheidung in dem anhängenden Verfahren gegen den Bürgermeister drängen. Möglicherweise muß ja ein neuer Bürgermeister gewählt werden. Aus Kostengründen sollte die Bürgermeisterwahl dann zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfinden. Politisch korrekt wäre natürlich, wenn Reinhard Schulz von sich aus die Konsequenzen aus seiner desaströsen Finanzpolitik ziehen würde.

GERD MARKMANN

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 17.30 UHR

Ei oder Henne? Die Schuldenmacher

Sie Stadt Eberswalde muß ihre restlichen Anteile an den Stadtwerken verkaufen, weil sie sonst das riesige Defizit im Verwaltungshaushalt nicht stopfen kann – hört man den Bürgermeister und seinen Kämmerer sagen.

Aber: In dem Ende 2004 im Zusammenhang mit dem aktuellen Haushalt veröffentlichten Beteiligungsbericht der Stadt kann man lesen, daß die stadteigenen Technischen Werke Ende 2003 über eine Liquidität von nicht weniger als 11.856.282,15 Euro in Form von Wertpapieren, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten verfügte.

Im März streute der neue Kämmerer Uwe Birk die ersten Meldungen in die Runde, wonach die Stadtverwaltung Ende Oktober 2005 ernsthafte Liquiditätsprobleme bekäme – im vorangegangenen Dezember, als die StVV den defizitären Haushalt 2005 beschloß, war das offenbar noch nicht bekannt. Ende April schob Birk dann nach: Schon im August drohe der Stadtverwaltung die Zahlungsunfähigkeit und bis Ende 2005 wachse das Defizit auf sage und schreibe 11 Millionen Euro. Da müsse man sich doch ernsthaft Gedanken über den Verkauf der Stadtwerkeanteile machen.

Aber: Wie der Bürgermeister jetzt verkündete, berieten nach ersten Gesprächen der Stadtverwaltung mit den anderen Stadtwerke-Gesellschaftern e.dis und EWE bereits im Januar 2005 deren Vorstände über den Kauf der städtischen Anteile. Also Monate, bevor Kämmerer Birk die schlimmen Haushaltszahlen dem Publikum vorstellte.

Jetzt ging plötzlich alles sehr schnell. Während die StVV und ihre Ausschüsse im Mai eine lang geplante Ruhepause einlegten und erst am 31. Mai wieder ein Ausschuß mit den öffentlichen Beratungen beginnt, gab es in kurzer Abfolge nichtöffentliche Zusammenkünfte der sogenannten AG Haushaltssolidierung und schließlich eine – selbstverständlich ebenfalls nichtöffentliche – Gesellschafterversammlung der Technischen Werke, die mir nichts dir nichts dem Anteilsverkauf grünes Licht gab. Vollendete Tatsachen, die die Stadtverordneten nun nur noch abzunicken haben.

Sobald die Entscheidung der Gesellschafterversammlung gefallen war, zauberte der Bürgermeister eine zusätzliche Million aus dem Ärmel, die das Land aus einer früheren Forderung jetzt nachzahlt. Und das auszufüllende Haushaltsloch schmilzt ebenso plötzlich von elf Millionen wieder auf fünf Millionen zusammen, liegt also noch unter dem im Dezember 2004 beschlossenen Defizit.

Da stellt sich die Frage: Sollen die Stadtwerkeanteile verkauft werden, weil die Stadt ein Haushaltsdefizit hat – oder wirtschaftete man den Stadthaushalt vielleicht deswegen in ein auswegloses Defizit, um so den Verkauf der restlichen Stadtwerkeanteile an e.dis und EWE zu legitimieren?

GERD MARKMANN

Die Eberswalder Stadtverordneten müssen sich schon wieder mit den diversen Defiziten im Stadthaushalt beschäftigen. Es fehlt Geld, um die laufenden Ausgaben der Stadt zu begleichen. Darüber hinaus summieren sich die Fehlbeträge aus den Vorjahren, die die Stadt nicht ohne weiteres tilgen kann. Diese Sachverhalte sind seit langem allen Beteiligten und der Öffentlichkeit bekannt. Statt sich dieser Aufgabe zu stellen, verdrängen die Verantwortlichen und legen immer wieder Haushaltssentwürfe vor, die offene und verdeckte Fehlbeträge aufweisen. Trotzdem haben die Stadtverordneten den Haushalt im Dezember beschlossen, um wenigstens einige Monate handlungsfähig zu sein und nach Lösungen zu suchen. Als Preis für diese kurze Atempause müssen nun die Einnahmen aus Steuern und Abgaben erhöht und das letzte Vermögen verkauft werden. Ohne das Geld aus dem Verkauf der letzten Anteile an den Stadtwerken dürften bald keine freiwilligen Aufgaben mehr bezahlt werden. Lieferanten befürchten die Verschiebung und den Ausfall von Zahlungen. Der Bürgermeister, seine Verwaltung und die Stadtverordneten ließen leider viel Zeit verstreichen, ohne daß sie wirkliche Vorschläge zum ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

Nach allem was man in Erfahrung bringen kann, handelt es sich um ein strukturelles finanzielles Defizit. Die Stadt Eberswalde gibt seit geraumer Zeit mehr Geld aus, als ihr zur Verfügung steht. Die Verwaltung lebt über ihre Verhältnisse. Unter diesen Bedingungen wäre ein Unternehmen mit kaufmännischer Rechnungsführung gezwungen, den Konkurs anzumelden. Die Verantwortlichen dürften bei

Androhung von Strafen keine Geschäfte mehr abschließen, hätten keine Einnahmen und die Gläubiger müßten auf Forderungen verzichten.

Auch dem letzten Stadtverordneten müßte nunmehr aufgehen, so wie bisher kann es mit der Haushaltsführung der Stadt Eberswalde nicht weiter gehen. Die Ausgaben der Stadt müssen wesentlich vermindert und so schnell wie möglich an die Höhe der vernünftig zu erzielenden Einnahmen angepaßt werden und diese unterschreiten. Weitergehende Möglichkeiten zur Sanierung des Haushaltes stehen nun nicht mehr zur Verfügung. Das Vermögen ist fast vollständig aufgebraucht. Dauerhafte Hilfe von außen ist auch nicht zu erwarten. Darüber hinaus müssen die Stadtverordneten davon ausgehen, daß die Einnahmen in der Zukunft weiter sinken werden.

Da die Möglichkeiten zum gezielten Sparen verpaßt wurden, bleibt als letzter Ausweg nur die gleichmäßig Kürzung aller Ausgaben. Gerechtigkeit kann unter diesen Bedingungen nicht mehr erreicht werden. Alle Zahlungen sind um den gleichen Prozentsatz zu vermindern. Um überhaupt Geld für freiwillige Aufgaben zu haben, müssen alle, wirklich alle Positionen im Haushalt gekürzt werden.

Der Verwaltung und den Abgeordneten bleibt trotzdem ausreichend Spielraum zu kreativen Kürzungen. Es wird Zeit, daß sie endlich ihre Arbeit machen und einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen. Sonst steht Schlimmeres ins Haus. Vor allem wird man bald und ganz konkret nach der materiellen Verantwortlichkeit der führenden Persönlichkeiten fragen.

HEINZ SOLTAU

Montagsdemonstranten am Ersten Mai

Eberswalde (em). Obwohl schon am nächsten Tag die planmäßige Montagsdemo stattfand, beteiligten sich 1. Mai etwa 25 Montagsdemonstranten an der Demonstration und der Kundgebung des DGB. »Statt sparen bei den Armen – streichen bei den Reichen« und »Wir fordern Arbeit und soziale Gerechtigkeit«, stand auf den Transparenten. Viele trugen T-Shirts mit der Aufschrift »Die Überflüssigen«.

Auf dem Markt war die Eberswalder Montagsdemo (EM) mit einem Infostand vertreten. Neben verschiedenen Info-Materialien gab es einen Teil der Fotodokumentation über die Eberswalder Montagsdemos zu sehen.

Auf der Kundgebung ergriff auch Frank Töpfer als Sprecher der Eberswalder Montagsdemonstranten (Seite 7) das Wort. Hartz IV sei Teil einer »Reform«, die kein einziges Problem löse, stattdessen nur neue Ungerechtigkeiten schafft und Armut per Gesetz bedeutet, rief er aus. Schließlich kritisierte er die Eberswalder SPD, die zeitgleich eine Konkurrenzveranstaltung in ihrer Geschäftsstelle organisiert hatte. Daraufhin begab sich eine etwa 15köpfige



Im Gegensatz zu ihren Parteifreunden aus Eberswalde nahm die Finower SPD mit der Forderung »Weg mit den 1-Euro-Jobs« an der Mai-Demonstration der Gewerkschaften teil.

Gruppe zur SPD-Geschäftsstelle. Frank Töpfer bewertete die Parallelveranstaltung als Verlassen letzter sozialdemokratischer Traditionen und forderte die in der Geschäftsstelle Anwesenden auf, die Aktion zu beenden und zur Maikundgebung zu gehen.

Soziales Experiment jenseits der abstrakten Wertproduktion

Zehn Jahre Barnimer Bürgerpost

Vor zehn Jahren erblickte der Trägerverein der »Barnimer Bürgerpost« das vereinsrechtliche Licht der Welt. Vier Monate später, am 22. September 1995, erschien die erste Ausgabe unserer Zeitung. Ein zusätzliches Jubiläum: die vorliegende Ausgabe ist die Nummer 125.

Es war eine turbulente Zeit damals. Fünf Jahre nach der Wende gingen in Eberswalde wieder Tausende auf die Straße, eine Abwasser-Bürgerbewegung sammelte in kürzester Frist 40.000 Unterschriften. Auch eine Bürgermeisterabwahl gab es. Kurzzeitig kam so etwas wie Aufbruchsstimmung auf – wir nutzten diese, um unseren Verein zu gründen.

»Der Barnimer Bürgerpost e.V. verfolgt den Zweck«, schrieben wir damals in unsere Satzung, »sich aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim zu beteiligen und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern«. Unsere Zeitung sollte und soll der Kommunikation dienen. Eine Zeitung der Leserinnen und Leser. Nicht von kommerziellen Interessen eines Verlages bestimmt oder abhängig vom Wohlwollen einzelner Anzeigenkunden oder Geldgeber.

Mit der Vereinsgründung konnten wir einige organisatorische Bedingungen gewährleisten. Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint regelmäßig und ist für jeden zugänglich. Der Verein verhindert jegliche Gewinnerzielungsabsicht, garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion und bildet den Organisationsrahmen, in den sich die Leserinnen und Leser einbringen können.

Die Inhalte der »Barnimer Bürgerpost« werden entsprechend den Publizistischen Grundsätzen von den Leserinnen und Lesern bestimmt. So überwiegen subjektiv geprägte Meinungen aus dem gesamten Lebensbereich. Mitteilungen aus erster Hand werden nicht durch redaktionelle Bearbeitung gebrochen. Wir können zurückblicken auf eine Fülle von Informationen, die ohne die »Barnimer Bürgerpost« nie öffentlich wären. Der Anspruch, ohne besondere Rücksichten kritisch und frech über die lokalen Geschehnisse, Entscheidungen und Sichtweisen zu berichten, verschaffte der »Bürgerpost« Respekt bei den lokalen Kleinkönigen und ihren Lakaien. Die einzelnen Ausgaben spiegeln die jeweils aktuelle gesellschaftliche und politische Situation in Eberswalde. Im Rückblick werden die Augenblicksbeobachtungen in ihrer Widerspiegelung zur sozialologischen Live-Studie, aus der interessierte Menschen wertvolle Hinweise für die Bewertung der aktuellen Situation gewinnen können.

»Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die Barnimer Bürgerpost ein Podium geben will.« Das impliziert selbstver-

ständig einen gewissen intellektuellen Standard als Voraussetzung – lesen und schreiben sollte man schon können. Wirkliche Souveränität schließt zudem die Fähigkeit ein, die Freiheit des anderen zu achten und selbst die sachliche Kritik anderer auszuhalten.

Die Selbstverwirklichung in der »Barnimer Bürgerpost« stellt darüber hinaus eine Art soziales Experiment dar, das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist. Die materielle Hülle muß unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zwangsläufig Warencharakter tragen. Papier und Druck müssen bezahlt werden. Dazu muß die »Barnimer Bürgerpost« wie jede andere Zeitung verkauft werden. Prinzipiell gilt das auch für alle kostenlos verteilten Zeitungen, nur daß da nicht die Leser, sondern andere die Ware bezahlen, sei es über Anzeigen oder per Fördermittel, Spenden oder sonstige Zuschüsse. Die Geldgeber haben zwangsläufig einen bestimmenden Einfluß auf die Inhalte, die damit selbst zur bezahlten Ware werden. Für die »Barnimer Bürgerpost« ist die Akzeptanz des Warencharakters der »materiellen Hülle« hingegen Möglichkeit und Bedingung für die inhaltliche Unabhängigkeit.

Die »Barnimer Bürgerpost« ist also zum einen Teil der allgemeinen Wertverwertungsprozesse und muß sich den ökonomischen Prinzipien dieser Prozesse unterwerfen. Doch in der Warenhülle existiert ein ideeller Teil, der für sich genommen funktioniert. Dieser jenseits abstrakter Wertproduktion funktionierende Anteil repräsentiert sogar den wesentlichen Teil unserer Zeitung. Die verstärkte Nutzung elektronischer Vertriebswege (eMail-Abo) könnte den Warenteil problemlos weiter verringern.

Die Autorinnen und Autoren der »Barnimer Bürgerpost« verkaufen ihre Informationen und ihre »Schreibarbeit« nicht als Ware. Vielmehr nutzen sie die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen ohne irgendwelchen Anspruch auf eine wie immer geartete Gegenleistung zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions- und Verteiltätigkeit. Als Gratisgegenleistung genießen sie wie alle anderen, die die »Bürgerpost« lediglich passiv nutzen, die Produkte der Selbstentfaltung der anderen. Klar, manchmal reiben sie sich auch daran, was aber auch nicht schlecht ist.

Warum soll das, was bei der »Barnimer Bürgerpost« seit zehn Jahren funktioniert, nicht auch in anderen gesellschaftlichen Ebenen zu finden sein?

Wir bitten als Geschenk zu unserem Jubiläum ausdrücklich alle Leser darum, solche Beispiele zu suchen und darüber zu schreiben.

Dr. MANFRED PFAFF, Vereinsvorsitzender
GERD MARKMANN, Redakteur

Kleine Vereinschronik

Frühjahr 1991: Erste Ausgabe des »Linken Eberspiegel«, Zeitung der PDS Eberswalde

1992/93: Der »Linke Eberspiegel« entwickelt sich zu einer regelmäßig erscheinenden Monatszeitung, die bald auch außerhalb der PDS ihre Leserinnen und Leser findet

Herbst 1994: nach den Wahlerfolgen 1993/94 diskutiert die PDS Barnim über die Weiterentwicklung ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Es entsteht die Idee einer »Bürgerzeitung«, die einen weitgehenden Meinungspluralismus der Leserinnen und Leser ermöglichen soll.

19.12.1994: 1. Autorenkonferenz mit Vertretern des »Eberspiegel« (PDS Ebw.) und der »Offenen Worte« (PDS Bernau) diskutiert über kommunikative und agitatorische Konzepte

16.3.1995: An der 2. Autorenkonferenz nehmen nur noch Vertreter des »Eberspiegel« teil

24.05.1995: Gründung des Vereins Barnimer Bürgerpost e.V.

22.09.1995: Erste Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« in einem Umfang von 8 Seiten, die neue Zeitung erscheint zunächst 14täglich

März 1996: Neuorganisation von Druck und Vertrieb sichert eine stabile materielle Basis

Mai 1996: Übergang zur monatlichen Erscheinungsweise in einem Umfang von 12 Seiten.

1997: Verein übernimmt Trägerschaft der Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde in den Baracken des ehemaligen Außenlagers des Frauen-KZ Ravensbrück in Eisenspalterei. Der Barnimer Bürgerpost e.V. stellt sich damit der Verantwortung, angesichts zunehmender rechtsextremer Tendenzen für Zivilcourage und gegen Rassismus einzutreten.

1998 bis 2002: im Bereich Forschungs- und Gedenkstätte werden per ABM und SAM 4 handwerkliche und 2 pädagogische Mitarbeiter beschäftigt; der Verein investiert (ohne Personalkosten) 1998 bis 2002 117.100 DM (knapp 60.000 Euro) in die Forschungs- und Gedenkstätte, u.a. in eine moderne Heizungsanlage; diese Sachanlagen machen noch immer einen großen Teil des Vereinsvermögens aus und werden gegenwärtig den Vereinen »Demokratisches Zentrum« und »Exil« kostenfrei zur Nutzung überlassen. Diese beiden Vereine übernahmen 2002 die Bewirtschaftung der Baracken und organisieren hier ein vielfältiges soziokulturelles Angebot für junge Eberswalder

März 1999: 50. Ausgabe der BBP erscheint mit einem neuen Layout

April 1999: Ausgründung des Forschungsbereiches als eigenständiger Verein.

März 2000: Die BBP erscheint nunmehr regelmäßig in einem Umfang von 16 Seiten.

Mai 2000: Anlässlich des fünfjährigen Vereinsjubiläums erscheint das Büchlein »Das Gewicht des Wortes« mit einem Rückblick auf die Geschehnisse des Jahres 1995, die den Hintergrund der Vereinsgründung bildeten.

September 2000: Sonderausgabe »Altenhof«

März 2003: Sonderbeilage »rakkrieg«

Mai 2003: 100. Ausgabe der BBP

Sept/Okt 2003: Sonderbeilage »Wahlen«

Juni 2004: Sonderbeilage »Kriegswaffenschau der Bundeswehr in Eberswalde«

seit August 2004: thematische Sonderveröffentlichungen »Montagsdemos gegen Hartz IV«

24.05.2005: 10 Jahre BBP-Verein

Festveranstaltung

»Der 8. Mai 1945 war ein Sieg für unser Land«

Aus der Rede von Bürgermeister R. SCHULZ zum 60. Jahrestag der Befreiung

Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus fand in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität im Kupferhammerweg am 7. Mai eine Festveranstaltung der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e. V. Eberswalde statt.

Vor Beginn der Veranstaltung konnten sich die Teilnehmer mit der Arbeit der Freundschaftsgesellschaft vertraut machen. Es wurden Videos vom 10. Jahrestag der Freundschaftsgesellschaft und von der Kranzniederlegung anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung gezeigt.

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde hat zu dieser Veranstaltung eingeladen und viele Freunde, Gäste und Sympathisanten sind der Einladung gefolgt.

Der Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft Waldemar Hickel konnte auf dieser Veranstaltung den Ortsbürgermeister von Finow, Herrn Albrecht Triller nebst Gattin, sowie den Landesvorsitzenden der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Potsdam, Herrn Siegfried von Rabenau, begrüßen.

In der Festrede zum 60. Jahrestag der Befreiung ging der Vorsitzende auf die vielen Opfer, die durch den faschistischen zweiten Weltkrieg zu beklagen sind, ein.

Millionen Menschen verloren ihre Heimat und persönliche Schicksalsschläge veränderten das Leben der Bürger. Aus dieser Geschichte ist für alle Menschen Lehren zu ziehen, daß sich so etwas nie wiederholen darf.

In diesem Sinne sollten wir voll hinter den Worten des ehemaligen Bundespräsidenten, Richard von Weizsäcker stehen, der darlegte:

»Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von einem menschenverachtenden System, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.«

Das anschließende stimmungsvolle Kulturprogramm des Instrumental- und Gesangsduo Horst Kussik und Vladislav Urbanski, fand die Zustimmung aller Anwesenden.

In der Pause ließen sich die Teilnehmer den selbstgebackenen Kuchen und den Kaffee gut schmecken.

Aus Anlaß des 60. Jahrestages hat die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde eine 14seitige Zeitschrift erarbeitet, die einen Einblick in die bisherige Arbeit der Gesellschaft seit der Neugründung 1992 gibt.

Allen Anwesenden wurde diese Sonderausgabe überreicht und fand großes Interesse.

Auf diesem Weg möchten wir uns im Namen aller Teilnehmer für die liebevolle und gute Betreuung bei Frau Parchert von der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, bedanken.

Es war rundum eine gelungene Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Befreiung.

W. HICKEL

Wir Deutschen leben mit der schweren Aufgabe, daß wir uns unserer Geschichte stellen müssen. Wir müssen die Wahrheit sehen, so gut wie wir es können, ohne Beschönigung und Einseitigkeit. Deutschland und seine ehemaligen Kriegsgegner erinnern sich gemeinsam an den Gräbern der Kriegsoffer – was könnte deutlicher zeigen, welcher Wandel sich in den vergangenen 60 Jahren vollzogen hat.

Wir haben die Chance ergriffen, die sich uns mit dem 8. Mai 1945 bot. Es gab einen Neuanfang, einen Neubeginn, der natürlich in Ost- und Westdeutschland etwas unterschiedlich verlief, aber schließlich in der Wiedervereinigung mündete. In einem langen und oft mühsamen Prozeß haben wir eine stabile Demokratie aufgebaut, wir haben den Menschenrechten erneut Geltung verschafft und uns für ein friedliches Zusammenleben in Europa und der Welt stark gemacht. Auch in Eberswalde gedenken wir an diesem historischen Datum der Millionen Opfer, die der Zweite Weltkrieg gefordert hat. In unserer Trauer im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus reihen sich bei den Bürgerinnen und Bürgern individuelle Gefühle ein, die von den Zeitzeugen dieser Geschichte von eigenen schrecklichen Erlebnissen und Erfahrungen geprägt sind.



Unsere Trauer und unsere Bestürzung gilt den gefallenen Soldaten und den von Bomben getroffenen Zivilisten, sie gilt den Millionen Juden und Häftlingen, die in Konzentrationslagern oder Gestapo-Gefängnissen grausam ermordet wurden. Sie gilt Jugendlichen, die als letztes Aufgebot in einen schon längst verlorenen Krieg gejagt wurden, sie gilt den Menschen, die auf der Flucht oder ihrer Vertreibung sowie in der Kriegsgefangenschaft starben. Sie gilt all denen, die auf Grund ihrer Behinderung im Rahmen der Euthanasie verfolgt, verschleppt und ermordet wurden. Den vielen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die in der Rüstungsindustrie arbeiten mußten.

Jede Familie war und ist auf eine bestimmte Art und Weise durch den Krieg betroffen. Die Mitbürgerinnen und Mitbürger unter uns, die den Krieg selbst erlebt haben, werden das Geschehene und Erlittene nie vergessen können.

Alle anderen, die wir den Krieg Gott sei Dank nie selbst erleben mußten, aber durch Er-

zählungen, durch Berichte und Dokumentationen davon erfahren haben, werden sich dem Entsetzen, das solche Beschreibungen und Fotos auslösen, nicht entziehen können.

Die Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges, der Haß und die unendliche Gewalt sind uns Mahnung, es nie wieder so weit kommen zu lassen. Wir sehen viele Bilder und überall machen Dokumentationen auf das Schrecken aufmerksam. Wir hören Zeitzeugen, die als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in den Fabriken arbeiten mußten, auch in Eberswalde, wie wir alle wissen. Jeder, der sich mit dieser Geschichte auseinandersetzt, kann kaum fassen, was damals geschehen ist. Doch wer »vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart«, wie der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker einmal feststellte.

Wenn wir heute hier zum Gedenken vor dem sowjetischen Ehrenmal stehen, wollen wir uns in Erinnerung rufen, daß die Hauptlast des Krieges durch das russische Volk getragen wurde. 1941 hatte die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion angegriffen und dabei die Kraft des russischen Volkes zur Verteidigung seiner Heimat unterschätzt. Unendliches Leid mußte die Zivilbevölkerung erleben, sie hat zum Teil alles verloren. Gemeinsam mit den anderen Alliierten haben die Russen am 8. Mai 1945 die Beendigung des Krieges erzwingen können.

Der Sieg der Alliierten war nicht nur ein Sieg über Deutschland, er war vor allem ein Sieg für unser Land und ein Tag der Befreiung. Es war ein Sieg über das nationalsozialistische Terrorregime, das Tod, Leid und Verderben über Millionen von Menschen in ganz Europa gebracht hatte.

Nach der Befreiung erfolgte eine langjährige Besatzungszeit durch die Siegermächte. Eberswalde gehörte zur sowjetischen Besatzungszone und das Leben Seite an Seite gehörte zu DDR-Zeiten für uns schon fast der Selbstverständlichkeit an. In den vielen Jahren, in denen wir hier in Eberswalde gemeinsam lebten, entstanden auch freundschaftliche Verbindungen auf den verschiedensten Ebenen. Eine zunehmende Akzeptanz beider Völker legte letztendlich auch den Grundstein für den friedlichen Abzug der sowjetischen Armee im Jahr 1994.

Wir müssen alles tun, daß sich diese Greuel-taten niemals wiederholen. Trotz Rückschläge, dürfen wir nie nachlassen in unseren Bemühungen um Versöhnung, um Frieden, um die Wahrung der Menschenrechte.

Finstere Zeiten lassen sich nur durch Licht vertreiben – durch das Licht der Aufklärung, durch das Licht der Überzeugung, etwas für die Menschheit tun zu können, durch das Licht der Hoffnung, das auch diesen dunklen Teil unserer Geschichte erhellt. Ein Teil der Geschichte der zeigt, daß Trauer und Gedenken zu Versöhnung führen können!

Der Aufstand der Anständigen!?

Nach dem 8. Mai wurde viel über die Aktionen gegen die Nazidemo in Berlin berichtet. In diesem Zusammenhang haben sich viele Menschen gefeiert und haben diesen Tag als Sieg gegen die NPD und ihre Vasallen gefeiert.

Aber war es wirklich ein großer Sieg gegen rechts oder eher ein Tag an dem sich unsere Politiker von SPD, CDU, FDP und Grüne heuchlerisch selbst feierten? Eine Gruppe von [solid] – die sozialistische Jugend Eberswalde hatte sich auch an den Aktionen gegen den Aufmarsch von neuen und alten Nazis beteiligt und hat dort viele neue Eindrücke gewonnen.

Dieser Tag begann für uns mit Enttäuschung und endete mit riesiger Freude. Am Anfang des Tages sah es so aus, als könnten Nazis durch Berlin marschieren, ohne daran gehindert zu werden. Trotzdem hatten sich ca. 15.000 Menschen in Berlin zusammengefunden um diesen Aufmarsch von Holocaust-Leugnern und anderen Nazis zu stoppen. Die Polizei sperrte aber weiträumig das Demonstrationsgebiet der NPD ab. Es schien anfangs aussichtslos, diese Demo zu blockieren. Aber mit etwas jugendlichen Tatendrang, den wir auch hatten, fanden wir mit mehreren tausend Menschen den Weg hinter die Polizeiabsperungen bis zur Karl-Liebknecht-Brücke. An der dann auch tausende Antifaschisten und Antifaschistinnen ausharrten, um die Nazi-Demo zu blockieren.

Es war Anspannung zu fühlen. Demonstranten wie Polizei versuchten, ihre Anspannung zu überspielen. Was auch meist gelang. Die Berliner Polizei war anders als sonst, fast freundschaftlich zu den Gegendemonstranten. Ansonsten wäre die Situation auch eskaliert. Die Anspannung nahm nicht ab, denn es erreichten mehrere Nachrichten die Demo. Als erstes hieß es, die Nazis demonstrieren und die Polizei wird die Brücke, die von uns besetzt war, räumen. Diese Nachricht wurde aber nicht offiziell von der Polizei bestätigt. Nach einiger Zeit fuhr aber die Polizei mit Wasserwerfern und verschiedenen Einsatzwagen auf. Sie forderte auch anfangs mehrere Male die Demonstranten auf, die Brücke zu räumen. Aber es rührte sich niemand. Eher stieg noch der Mut, die Nazis zu blockieren. Koste es, was es wolle. Danach überschlugen sich die Meldungen. Man sprach davon, daß die Polizei ihre Kräfte zusammenzieht, um die Brücke zu räumen. Dann war noch davon die Rede, daß die Nazis eine Ausweichstrecke suchen, diese aber noch nicht feststeht. Nach diesen Meldungen wurde die Stimmung immer gespannter. Einige Demonstranten versuchten an verschiedenen Stellen die Polizeiabsperungen zu durchbrechen, was nach einigen kleinen Scharmützeln mit der Polizei als aussichtslos aufgegeben wurde. Eine Nachricht die Freude bei vielen Demonstranten hervor rief war, daß die NPD-Vasallen einen Ausbruchversuch starteten, aber nicht einmal die Absperungen durchbrachen und die Polizei mit voller Härte eingriff.



Nach einer Stunde und vielen anderen Meldungen kam wahrscheinlich die erfreulichste und schönste Nachricht an diesem Tag. Es stand fest, daß die Nazis nicht marschieren dürfen. Als diese Meldung dann von der Polizei bestätigt wurde mit den Sätzen »Die Demonstration der NPD und JN wurde abgesagt. Wir danken für ihre Mithilfe!« brachen wirkliche Freudenschreie aus. Die Menschen umarmten sich voller Freude, ohne sich zu kennen. Es war Grund genug, daß man das gleiche Ziel hatte und es auch noch erfüllen konnte – ein unbeschreibliches Glücksgefühl. Alle wußten, daß es ein Sieg gegen die NPD war.

Dieser Sieg war aber nur in Zusammenarbeit von allen Demonstranten und des beherzten Eingreifens der Polizei möglich. Aber letztendlich waren es doch größtenteils die Antifaschisten, die die Brücken blockierten. Uns ist aber auch klar, daß es politisch nicht erwünscht war, daß die Nazis marschieren. Das erklärt auch das Verhalten der Polizei.

Trotz der unfassbaren Freude trübte doch eine Sache diesen erfolgreichen Tag. Wir vermißten all die Herren Stoibers, Schröders und Platzecks, die zum großen Kampf gegen rechts aufrufen, aber sich nie wirklich am Kampf gegen rechts beteiligen. Das Einzige, was sie taten war, sich selbst am Brandenburger Tor zu feiern. Ob das ein wirkliches Zeichen gegen rechts ist, bleibt für mich ein Rätsel. Eines steht aber fest, der 8. Mai in Berlin war ein Zeichen gegen rechts. Denn die gesamte Gesellschaft war dort.

Aber wir haben erst gesiegt, wenn jeder Tag ein 8. Mai ist und wir alle es nicht zulassen, daß die Ideen der Nazis oder wie heuchlerisch die Rechten sich auch immer bezeichnen mögen, Zustimmung und Nährboden in der deutschen Gesellschaft finden. Wenn Toleranz Gerechtigkeit und Solidarität in ganz Deutschland herrschen, dann haben wir wirklich gegen die Nazis gesiegt. Aber dafür muß sich in der gesamten Gesellschaft, nicht nur in der Politik viel verändern. Laßt uns einfach damit beginnen, den »Aufstand der Anständigen« in einem anständigen Aufstand zu verwandeln. Denn dann ist schon ein großer Schritt getan.

SEBASTIAN WALTER,
Sprecher von [solid] Eberswalde

8. Mai in Bernau

Bernau (hs/bbp). Der Bernauer Bürgermeister Hubert Handtke (CDU) hatte die Bernauer Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, dem 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus zu gedenken. Der Bernauer PDS-Stadtvorstand folgte dem Aufruf des Bürgermeisters und bat seinerseits alle Mitglieder und Sympathisanten der PDS um 11.15 Uhr am Mahnmahl auf dem Bahnhofsvorplatz allen Opfern des Faschismus und um 11.45 Uhr an den Denkmälern in der Mühlenstraße der Opfer der Sowjetarmee und der ermordeten Deserteure zu gedenken sowie um 12 Uhr an der Friedenssäule vor dem Paulus-Praetorius-Gymnasium in der Jahnstraße ihren Willen für Frieden und gegen Gewalt zu bekunden.

Gedenken an Deserteure

Der Jusos-Unterbezirk Barnim legte am 8. Mai am »Denkmal des unbekanntes Deserteurs« in Bernau ein Blumengebinde nieder. Hintergrund ist der 60. Jahrestag der Beendigung des Krieges. Die Jusos möchten damit den Opfern des 2. Weltkrieges gedenken. Sie machen damit weiterhin deutlich, daß sie jegliche Art von Krieg ablehnen und auf ihrer Ebene sich stark machen, daß Ereignisse wie aus der Vergangenheit nie wieder in Europa gegenwärtig werden. Sie befürworten deshalb sehr den Weg der Europäischen Union und wünschen sich, daß andere Teile der Welt sich ein Beispiel an der EU nehmen.

MARTIN EHLERS, Jusos-Unterbezirk Barnim

»Für ein tolerantes Eberswalde«

Preis ausgeschrieben

Bei seinem letzten Treffen hat das Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde beschlossen, den Preis in diesem Jahr für ein Beispiel besonders gelungener Integration zu vergeben. Das schließt sowohl Migranten als auch jede andere Minderheit ein und gilt ebenso für Behinderte und sozial Benachteiligte oder sonstig Stigmatisierte. Die Preisverleihung soll im September voraussichtlich in den Räumen des EXIL e.V. (ehem. KZ-Baracken Eisenspalterei) erfolgen. Dieser Verein hatte den Preis des Netzwerkes im Vorjahr errungen.

KAI JAHNS

»Offene Worte« mit D.E.

Bernau (de). In Interviews werden normalerweise Prominente durch die Kollegen der Medien befragt. Am 29. Mai ist es genau anders herum, denn in den nächsten »Offenen Worte mit Dagmar Enkelmann« wird sich die Gastgeberin in ihrer charmanten Art und Weise mit Heinz Kurtzbach, dem Chefredakteur der Märkischen Oderzeitung, unterhalten. Die Veranstaltung beginnt um 10.00 Uhr im Treff 23, auf dem Bernauer Kulturhof, Breitscheidstr. 43.

Internetbefragung zur Lebensqualität:

In Eberswalde schlechter

Neuruppin (arge-rez). Die Mitgliederversammlung der ARGE REZ (Mitgliederstädte: Brandenburg, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Luckenwalde, Jüterbog, Neuruppin) beriet am 21. April in Neuruppin u.a. über die Ergebnisse der im Herbst 2004 zum zweitenmal durchgeführten Internetumfrage «Zufrieden?»». Diese bildet einen Baustein für den Aufbau eines Berichtssystems zur Lebensqualität in den sieben Städten des Städtekranzes.

An der Umfrage nahmen 1.291 Personen teil. Die Stichprobe ist nicht repräsentativ, da die Befragten im Durchschnitt jünger, besser ausgebildet und überwiegend berufstätig waren. Zudem nahmen mehr Männer als Frauen an der Befragung teil. Dieser als eher kritisch und mobil einzuschätzende Personenkreis der Internetnutzer kann jedoch als Frühwarnsystem für die Städte betrachtet werden.

Die Umfrage zeigt allgemein eine große Zufriedenheit der Bürger in den Bereichen Freizeit, Kultur und Naherholung. Nur das Freizeitangebot für Jugendliche wird in allen Städten deutlich negativer bewertet. Gut schneidet auch die medizinische Versorgung, die Qualität weiterführender Schulen, der öffentliche Nahverkehr und die Fußgängerfreundlichkeit der Städte ab. Wie die Daten zeigen, hängt die Beurteilung durch die Bürger nicht unbedingt von der Stadtgröße oder den kommunalen Ausgaben für Kultur und Sport ab. Viele der befragten Bürger sehen die landschaftliche Umgebung, das Erscheinungsbild wie auch die geografische Lage (Nähe zu Berlin, Nachbarschaft mit Polen) als Stärke ihrer Städte.

Im Gegensatz zu diesen positiven Aspekten erhalten die wirtschaftlichen Aspekte der Lebensqualität – allen voran das Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die Verdienstmöglichkeiten der Region – durchweg schlechte Noten. In allen Städten wird ein sehr ähnliches pessimistisches Stimmungsbild abgegeben. Nur in Neuruppin scheint die allgemein positive Grundstimmung auch auf die wirtschaftliche Bewertung abzufärben.

Neben den wirtschaftlichen Aspekten wird auch die Arbeit der politisch Verantwortlichen und der Verwaltung in den untersuchten Städten eher negativ wahrgenommen. Im Schnitt beurteilen etwa die Hälfte aller Befragten die Lebensqualität in ihrer Stadt als positiv, die andere Hälfte als überwiegend negativ. Gegenüber dem Vorjahr konnten Neuruppin und Jüterbog ihre Spitzenstellung halten. Neben Neuruppin erhalten aber auch Brandenburg und Luckenwalde bessere Gesamtbewertungen als im Vorjahr. Geringfügig schlechter schneiden dagegen Eberswalde und Frankfurt (Oder) ab.

Nach den erfolgreichen Testläufen haben die Städte das Berichtssystem als ein wichtiges Instrument zur Reflektion der Stadtentwicklung und der Kommunalpolitik erkannt. Die künftige Fortführung wird von allen befürwortet.

Sparen zu Lasten der Bürger

Es ist ein Kreuz mit diesem ZWA, der da meint, was in der Satzung steht, wird umgesetzt, egal ob gerecht oder nicht, egal ob legal oder nicht. Was der ZWA schon seit geraumer Zeit in seinem Einflusbereich veranstaltet, verstößt nicht nur gegen das Gerechtigkeitsempfinden der Bürger es ist schlicht und einfach kriminell. Es wird allerhöchste Zeit, daß dieser ZWA abgewickelt wird und z.B. ein Insolvenzverfahren angestrengt wird. Ich bin sogar der Meinung, daß gegen jeden, der seinerzeit jener Satzung zugestimmt hat, Strafanzeige gestellt werden sollte. Dieser ZWA verstößt mit seiner Anschlußpolitik gegen europäisches Recht.

Wofür zahlen wir Gebühren etc. wenn man im Falle einer Havarie, wie im beschriebenen Fall, 601,54 EURO zahlen soll? Wenn die Hochspannungsleitung hinter meinem Grundstück defekt ist zahle ich da etwa die Reparaturkosten?

Wir, die Bürger der Städte und Gemeinden sollen nur solange abgezockt werden wie es geht. Bis jemand oder eine Gruppe dafür sorgen, daß die Richtlinien der EU auch bei uns umgesetzt werden. Das wäre zur Abwechslung mal zum Vorteil der Bürger, denn dort wird für die dezentrale Variante votiert.

ANDY LOSCH

»Eine völlig bedeutungslose Straße«

Um es einmal vorweg zu nehmen, wir von der Bürgerinitiative »Pro Finow« haben uns über das politische Geschwätz der PDSlerin Frau Mächtig heftig amüsiert und abgelacht. Da wird eine völlig bedeutungslose Straße, für die es nach Landesausagen keinen Bedarf gibt von der PDS mit Schlagworten hochstilisiert als »wichtige Infrastrukturmaßnahme« die auch noch die Innenstadt entlasten soll.

Frau Mächtig sortiert dann nach alter Politstrategie in Ausbauegner, sich im Dunstkreis befindliche Ausbauegner und 1382 angeblichen Ausbaubefürwortern.

Aus dem der Bürgerinitiative vorliegenden Deckblatt der Unterschriftenliste Pro Biesenthaler Straße ist erkennbar, daß hier Bürger für den Wiederaufbau der Biesenthaler Straße (Te-

lekomstraße) unterschrieben haben nicht aber für deren Ausbau. Die Frage steht damit, wer braucht eine 100-km/h-Piste für den Schwerlastverkehr parallel zur Autobahn 11 durch den Naturpark Barnim. Wessen Interesse an einem Millionen teuren Ausbau der Telekomstraße bedient die PDSlerin Mächtig damit?

Selbst vor dem Mittel der Täuschung der Öffentlichkeit schreckt Frau Mächtig nicht zurück und die Befürworter des Wiederaufbaues der Straße werden mal schnell zu Ausbaubefürwortern. Die Landtags- und Kreistagsabgeordnete der PDS hat sich damit disqualifiziert und wird aufgefordert von ihren Ämtern zurückzutreten.

HANS-JOACHIM SCHMIEDERER und THOMAS GILLES, Bürgerinitiative Pro Finow

Leistungen der Wohngeldstelle

Eberswalde (bbp). Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde sind aufgrund ihrer prekären sozialen Lage auf einen Zuschuß zu ihren Wohnkosten angewiesen. Das Wohngeld wird je zur Hälfte vom Bund und vom Land getragen. Die verantwortungsvolle Aufgabe der Annahme der Anträge und deren Bearbeitung obliegt der Wohngeldstelle der Stadt Eberswalde, die vollständig aus Haushaltsmitteln der Stadt finanziert wird. Sieben Mitarbeiter sind dort beschäftigt, seit 1.7.2004 gemäß Haustarifvertrag zu 95 Prozent. Infolge der neuen Regelungen im Zusammenhang mit dem Alg II ist damit zu rechnen, daß künftig weniger

Wohngeldanträge gestellt werden. Ende Dezember 2004 lag die mittlere Bearbeitungszeit für einen Wohngeldantrag bei der nach Gesetz gerade noch zulässigen Frist von 3 Monaten. Allerdings werden die meisten Anträge am Jahresanfang gestellt. Deshalb erfolgte zunächst keine Reduzierung des Bearbeitungspersonals. Erst ab 1.5. sollte die Mitarbeiterzahl auf 6 reduziert werden. Ob im Sachgebiet Wohngeld weitere Arbeitskräfte freigesetzt werden können, ist nach Aussagen des zusätzlichen Abteilungsleiter im Bürgeramt Helmut Herold erst nach dem Vorliegen verlässlicher Zahlen am Ende des 1. Halbjahres möglich.

Jahr	Anträge	bewilligt	Betrag (TEuro)	monatl. Wohng.	Stellen	Personal-kosten (Eur)	Anträge pro Stelle	Pers.kosten pro Antrag
1993	20144	14744	5050	73	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1994	13877	10386	3325	71	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1995	14624	11096	2769	73	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1996	8718	6998	3337	80	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1997	8090	6620	3106	99	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1998	6438	5484	3220	109	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1999	6834	5683	3284	96	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2000	7276	5677	3440	107	7	230743	1039	31,71
2001	9416	6882	3730	93	7	238053	1345	25,28
2002	7652	5960	3560	90	7	247157	1093	32,30
2003	7976	5925	3921	90	7	262571	1139	32,92
2004	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	7	273104	Quelle: Stadtverwaltung Ebw.	

Eberswalder Montagsdemo auf der Mai-Kundgebung des DGB:

Interessen gemeinsam vertreten

Seit dem 23. August läuft in Eberswalde die Montagsdemo und morgen werden wir zum 37. Mal auf dem Marktplatz stehen. Es spricht für das gute Verhältnis zwischen den örtlichen Gewerkschaften und den Montagsdemos, wenn ich hier zu Ihnen sprechen kann. Das ist leider nicht selbstverständlich. Nicht überall sind die Gewerkschaften, wie hier in der Region Uckermark/Barnim, Mitorganisatoren und Unterstützer der Montagsdemos. In Eberswalde gehörte die DGB-Region Uckermark/Barnim zu den Erstaufrufern und Gewerkschafter waren bei uns, wie auch auf den Montagsdemos in Angermünde, Schwedt und Templin, wiederholt Redner.

Andererseits können wir die Haltung der Führungsgremien der Gewerkschaften auf Bundesebene nicht verstehen, die zu den Montagsdemos auf Distanz gegangen sind.

Der »Sachverständige« Peter Hartz hat 2003 bei der Begründung der Hartz-Gesetze die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen um 2 Millionen in den ersten drei Jahren angekündigt. Davon spricht heute kein Mensch mehr und niemand glaubt mehr daran – vielleicht mit Ausnahme von Landrat Bodo Ihrke.

Der Superminister Clement erklärte: Alle Jugendlichen sollten einen Arbeitsplatz oder Ausbildungsplatz oder anderes Angebot erhalten. Die tatsächliche Jugendarbeitslosigkeit aber straft diese Aussage Lügen.

Für die von Hartz IV Betroffenen gibt es keinen Weg zurück in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt, sondern nur den Weg in die gesetzlich verordnete Armut. Hartz IV ist Teil einer großangelegten Umverteilung von unten nach oben. Darüber hinaus ist Hartz IV auf weiten Strecken auch verfassungswidrig – aber Recht hat in diesem Staat, wer die Macht hat.

Die Montagsdemos stellen eine neue Qualität des Kampfes gegen den Sozialabbau dar. Wo gab es das in Deutschland, daß über einen schon so langen Zeitraum jede Woche in so vielen Orten Menschen gegen den Sozialabbau auf die Straße gehen. Die Forderung der Montagsdemonstranten, »Hartz IV muß weg«, kam nicht durch. Aber die Forderung ist damit nicht vom Tisch. Unsere Forderung lautet jetzt: Rücknahme von Hartz IV.

Inzwischen haben sich die Organisatoren der Montagsdemos in den verschiedenen Orten zusammengefunden und ein Netzwerk gebildet. Sie haben sich zu gemeinsamen Forderungen an den Bund und an die Kommunen verständigt und informieren sich wechselseitig über ihre Arbeit. Die Aktion »Die Überflüssigen« lehnt sich an die Montagsdemo Jüterbog an, und soll die Betroffenheit sichtbar machen.

Es bleibt bei der Forderung, daß Hartz IV zurückgenommen werden muß. Als ersten Schritt dahin fordern wir Montagsdemonstranten die Beseitigung der »schlimmsten Auswir-

kungen« von Hartz IV. Dazu gehört die Erhöhung des Regelsatzes von 331 Euro (Ost) bzw. 345 Euro (West) auf 634 Euro pro Monat, um ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Wir wenden uns gegen die Ausübung von Zwang zur Annahme von Ein-Euro-Jobs und gegen die Anrechnung von Leistungen für Kinder sowie von Partnereinkommen auf die Regelleistung. Es darf keine Zwangsumzüge geben. Kinderarmut infolge Hartz IV muß verhindert werden. Krankenversicherung und Gesundheitsvorsorge müssen gewährleistet werden.

Bei näherer Betrachtung wird jeder erkennen, daß Hartz IV ein schlechtes, ein ungerichtetes und ein nicht zumutbares Gesetz ist. Warum gelingt es nicht, dieses Gesetz zu Fall zu bringen?

Nach anfänglich hoher Beteiligung an den Demos, habe viele Betroffene die Hoffnung fahren lassen, daß man mit Demos etwas erreichen könne. »Die Politiker machen doch, was sie wollen«. Hartz IV hat die Politikverdrossenheit noch weiter erhöht. Tatsächlich haben wir bisher auch nur kleine Erleichterungen bewirken können. Aber ohne Gegenwehr wird es noch schlimmer.

Sehr verbreitet ist die Auffassung, »ich bin ja nicht betroffen«. Das ist jedoch ein gewaltiger Irrtum. Alle sind betroffen. Die ganze Gesellschaft ist betroffen, denn es läuft ein gewaltiger Umverteilungsprozeß. Wer nicht zu den wenigen Profiteuren dieser Umverteilung, zu den Reichen, gehört, gehört zu den Verlierern. Das sind die ALG II-Empfänger, es sind auch die Arbeitnehmer, die für Betroffene aufkommen müssen. Es sind die Opfer der Gesundheitsreform, der Rentenreform, der Lohnrückerei, oder man wird abgezockt als Mieter, als Energieverbraucher, als Steuerzahler. Fünf Millionen (registrierte) Arbeitslose sind Druckmittel auf die Lohnempfänger, mit dem niedrige Löhne, verlängerte Arbeitszeit und andere Verschlechterungen der tarifvertraglichen Leistungen erzwungen werden.

Ein Tag, wie der erste Mai, ist besonders dazu angetan, sich bewußt zu machen, daß die eigenen Interessen nur in gemeinsamer Solidarität zu erreichen sind. So wie wir als Montagsdemonstranten NGG beim Lohnkampf in Wandlitz unterstützt haben, brauchen wir, die Hartz IV-Betroffenen, die Unterstützung der Lohnabhängigen. Unser Kampf gegen den Sozialabbau ist auch ein Kampf für gerechte Renten, wie umgekehrt Rentner auf den Montagsdemos für die Erwerbslosen eintreten.

Deshalb geht von hier unser Appell an die unmittelbar oder mittelbar Betroffenen, unseren Kampf gegen Hartz IV und Agenda 2010 durch Teilnahme an den Montagsdemos zu unterstützen.

FRANK TÖPFER am 1. Mai

Demo-Berichte:

37. Montagsdemo am 2.5.

Die »elektronische Fußfessel für Langzeitarbeitslose« bewegte die Montagsdemonstranten am 2. Mai. Was der hessische Innenminister Dr. Wagner für den Freigang von Strafgefangenen für richtig hält, könne ja auch gut sein für Langzeitarbeitslose – so dessen Äußerung in einer Presseerklärung. Die Eberswalder Montagsdemonstranten legten sich schon mal selbst die Fußfesseln an und übten den Freigang mit einem Rundmarsch auf dem Marktplatz (Foto). Sie verurteilten den Versuch, Langzeitarbeitslose in die Nähe von Kriminellen zu rücken.



Ute Frey bezog Stellung zum Baubeginn des Anbaus beim Eberswalder Arbeitsamt. Sie bewertet dies als unsinnige Investition. Eine Demonstrantin berichtete am offenen Mikro über die Praktiken bei Edeka. Der Einkaufsmarkt erzwingt den Lohnverzicht der Mitarbeiter mit der Drohung, daß der Markt sonst schließen müsse. Karla Kruse als Moderatorin informierte, daß Frank Töpfer am 3. Mai Gast in der Sendung »Klipp und Klar« sei. In der RBB-Sendung gehe es um Spargelstechen als Ein-Euro-Job.

Ute Frey informierte über den Kurzbesuch am 1. Mai bei der SPD, die in offensichtlicher Konkurrenz zeitgleich zur DGB-Veranstaltung in ihren Räumen einen »Tag der offenen Tür« veranstaltete. Am Abend des Ersten Mai stand vor dem SPD-Büro ein Müllsack mit der Aufschrift: Wir haben an Euch gedacht, wir haben Euch lieb. Der Sack war mit einer Mainelke dekoriert.

38. Montagsdemo am 9.5.

Wieder war es Karla Kruse, die als Moderatorin die Kundgebung leitete. »Bei uns sind Kinder noch willkommen«, meinten die Montagsdemonstranten. Auslöser für die Wahl dieses Mottos, war eine Äußerung des Innenministers Schily, wonach eine Wertedebatte erforderlich sei, damit die jungen Deutschen begreifen, daß »Kinder keine Belastung, sondern eine tiefe Bereicherung für die Eltern und die gesamte Gesellschaft sind«.

Die erste Dreiviertelstunde der Veranstaltung war daher der Beschäftigung und dem Spiel mit den Kindern gewidmet – Mikado, Büchsenwerfen, Ballspiele, Malen mit Krei-

de, ja sogar eine Hüpfburg (gesponsert von Kordula Steinke, PDS Finowfurt) erfreuten die Kinder.

Im Kundgebungsteil sprach Albrecht Triller zu aktuellen Fragen mit dem Schwerpunkt 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Auf die Schily-Äußerung beziehend erklärte er, die BRD sei ein kinderunfreundliches Land, was zu ändern mehr als Wertedebatten erfordere.



Nach ihm informierte Frank Töpfer die Demonstranten über seine Mitwirkung in der Sendung des RBB »Klipp und Klar« zum Thema »Einsatz von 1-Euro-Jobbern beim Spargelstechen«. Er machte deutlich, daß die Bereitschaft zu solchen Jobs voraussetzt, daß man von dieser Arbeit auch leben kann. Am offenen Mikro sprach Montagsdemonstrant Günter Ilenz zum Problem der Kinderarmut – Armut an Kindern und Armut der Kinder. Hartwin Schulz hob hervor, daß der Landkreis Barnim zu jenen drei Kreisen des Landes Brandenburg gehört, die den ALG II beziehenden Müttern keinen Kinderwagen finanzieren. Karla Kruse warb schließlich für die Teilnahme an einer zentralen Brandenburger Demo, die voraussichtlich am 18. Juni in Königs Wusterhausen stattfinden wird. Ute Frey und Albrecht Triller beteiligten sich anschließend an die Eberswalder Montagsdemo noch mit eigenen Redebeiträgen an der Angermünder Montagsdemo.

39. Montagsdemo am 16.05.

»Ob Regen, Kälte, Hitze oder Feiertag. Am Montag gehört der Marktplatz der Montagsdemo. So findet auch am Pfingstmontag in einem dem Tage angemessenen Rahmen die neununddreißigste Montagsdemo um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt. Die inzwischen große Familie der Montagsdemonstranten lädt besonders die zögerlichen und zweifelnden Betroffenen von Hartz IV ein, sich anzuschließen. Gemeinsam sind wir stärker!« So der Aufruf der »Eberswalder Montagsdemo«. Es kamen 40 »Familienmitglieder«. Sie hatten Kaffee und Kuchen mitgebracht und machten »Picknick« auf dem Marktplatz. Über Lautsprecher liefen Lieder von Gerhard Schöne, nachdenklich und anrührend und dem Tag angepaßt. Ein Lied sang dann auch Hartwin Schulz live, nachholend von der letzten Montagsdemo, das »Lied von den kleinen Händen« von Bettina Wegner:

Hartz-IV-Bilanz:

Die SPD zwischen den Mühlsteinen?

Am 14. Februar hatten Vertreter der Eberswalder SPD den hiesigen Montagsdemonstranten ein Papier überreicht, das – neben zustimmenden Aussagen zu dieser »Arbeitsmarktreform« und der Betonung ihrer Unausweichlichkeit – eine Liste von Forderungen zur Korrektur der Hartz-IV-Bestimmungen enthielt. Genannt waren dort u.a. die Angleichung der Regelsätze von Ost und West und die Verbesserung der sogenannten »58er-Regelung«. Man kann sich über diese späte Einsicht wundern, denn alle Forderungen in diesem SPD-Papier war schon seit dem Sommer 2004 von den Anti-Hartz-Demonstranten im Lande erhoben worden. Ja, diese und etliche weitere Punkte wurden schon vor der Verabschiedung von Hartz IV, also 2003, von Fachleuten vehement kritisiert. Aber Einsicht ist immer gut, selbst wenn sie spät kommt. Wie mir die SPD-Vertreter versicherten, haben sie diese Forderungen an die Partei- und Regierungsgremien herangetragen. Und sie waren zuversichtlich, daß die Angleichung der Regelsätze »kommen« würde, zumal für den Sommer dieses Jahres mögliche Korrekturen erwartet wurden.

Ich bin daher mit einiger Spannung für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft der Einladung der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD) nach Potsdam gefolgt. Diese hatte für den 28. April eine Veranstaltung unter dem Motto »100 Tage Hartz IV. Eine erste Bilanz« angekündigt, an der Wolfgang Clement, Frau Engelen-Käfer (DGB), Dagmar Ziegler (Sozialministerin Brandenburg) und der FU-Volkswirtschaftsprofessor Kromphardt, Ex-«Wirtschaftsweiser«, teilnehmen sollten. Dieses Podium wurde dann von Dr. Esther Schröder (SPD-MdL) moderiert.

Das Ausmaß der vermittelten neuen Erkenntnisse hielt sich allerdings in Grenzen. Frau Engelen-Käfer befürchtet (wie jeder Sachkundige) Verdrängung regulärer durch 1-Euro-Jobs. Herr Kromphardt meinte, die Reform sei »in eine unglückliche gesamtwirtschaftliche Phase hineingeraten« (war sie nicht angeblich gerade deshalb unternommen worden?) und manche »kleinliche Regelungen« seien durch den Vermittlungsausschuß (sprich: die CDU) hineingeraten. Brisant wurde es, als Ziegler ihr Unverständnis äußerte,

daß die Angleichung der Regelsätze 2005 nicht kommen solle (liebe Eberswalder SPD-Genossen, hört gut zu!). Auf die präzise Frage von Esther Schröder »Kommt sie, und wenn, dann in welcher Richtung?«, meinte Clement, erst im Herbst würden die statistischen Grundlagen für die Regelsatzberechnung überprüft, und das könne dauern. Vor dem Frühjahr sei mit keiner Entscheidung zu rechnen. Im übrigen sei die Reform ein Erfolg und die Jugendarbeitslosigkeit in Ostdeutschland gar nicht so schlimm. Kein Jugendlicher solle »prinzipiell« (Sender Jerewan?) länger als 3 Monate arbeitslos sein.

Damit könnte ich schließen – wenn der Saal nicht gewesen wäre. Er war gefüllt mit SPD- und Gewerkschaftsfunktionären. Einige Vertreter von Arbeitsloseninitiativen waren auch dabei. Die Moderatorin hat ihnen verdienstvollerweise das Mikro weit geöffnet. Da machte sich dann der Unmut Luft. Und die Reaktionen des Publikums waren eindeutig. Clement: Wir sind von den 5 Millionen Arbeitslosen runter, das ist ein Erfolg, und da kommen wir auch nicht wieder hin – Lachsalve. Ein Zuhörer fordert gleiche Bedingungen für Arbeitslose in Ost und West – zum 1. Januar rückwirkend! - Brausender Beifall.

Was war da geschehen mit den vielen anwesenden SPD-Mitgliedern? Probt die Basis den Aufstand gegen den Überbau? Mit der Hartz-Reform tritt die SPD auch ihrer eigenen Klientel auf die Füße. Daß dadurch die Wählerschaft der Partei in Wahlzeiten wie jetzt kräftig schrumpft, ist logisch. Anderes zu erwarten, wäre realitätsfern (ich schreibe das am Vortag der NRW-Wahl, also ohne Kenntnis des Ergebnisses). Andererseits erweist sich »die Wirtschaft« für die Darbringungen der SPD kein bißchen dankbar, im Gegenteil – sie will immer mehr. Da die Einnahmen des Staates schrumpfen, wird der finanzielle Spielraum der Koalition immer enger. Die CDU im Bundesrat denkt natürlich nicht daran, das zu ändern, soweit sie es könnte. Die Schröder&Fischer AG hat sich selbst in eine Falle manövriert. Leidtragende – außer den Millionen Arbeitslosen und abhängig Beschäftigten – ist die eigene Partei. Soll man da nicht nervös werden?

ROLF RICHTER

Protest von der CDU ignoriert

Schwedt (em). Anlässlich des Parteitag der Brandenburger CDU in Schwedt hatte die Schwedter Montagsdemo zu einer Protestveranstaltung aufgerufen. An der Kundgebung und dem anschließendem Demonstrationszug beteiligten sich auch Eberswalder und Angermünder Montagsdemonstranten. Vor dem Tagungsgebäude des Parteitages bei den Ucker-

märkischen Bühnen Schwedt machten die Demonstranten ihrem Unmut über die unsoziale Politik der CDU Luft. Erwartungsgemäß kamen weder Frau Merkel noch Herr Schönbohm oder irgendein anderer Parteitagsgast vor die Tür, um den Demonstranten Rede und Antwort zu stehen, sondern sie ignorierten den Protest.

Pfingstochsen

Sind Pfingstochsen die derzeit größten Ochsen von Eberswalde oder anderswo?

– Da denkt jeder wohl zuerst an den Bürgermeister Schulz mit seinen Plänen vom Verkauf der Anteile an den Stadtwerken, vom Bau der Telekomstraße, die gescheiterte LAGA-Nachnutzung, das Flugplatz-Fiasko und so weiter.

Sind Pfingstochsen diejenigen, die den Pfingstmontag abschaffen wollen, damit mehr gearbeitet wird? – Als hätten wir zuviel Arbeit und zuwenig Arbeitskräfte.

Sind Pfingstochsen vielleicht diejenigen, die sich am Pfingstmontag für andere auf den Marktplatz stellen und gegen Hartz IV und den weiteren Sozialabbau protestieren? – Nein, das



sind nicht die Ochsen. Das sind die Selbstlosen, die die Welt zusammen halten.

Sind Pfingstochsen diejenigen, die glauben, man könne mit Demos an Pfingstmontag etwas an den Grausamkeiten des kapitalistischen Systems ändern? – Man könnte schon, wenn denn alle an den Demos teilnehmen würden.

Sind Pfingstochsen diejenigen, die uns hier sehen und mit einem Lächeln oder gar Grinsen an uns vorbei gehen oder fahren? – Man sollte sich nicht nach den Dummen richten oder ihnen gar das Handeln überlassen, denn sonst wird die Welt von den Dummen regiert.

Sind Pfingstochsen jene ausgewählten Ochsen, die geopfert werden, damit man sich einen schönen Tag machen kann? Doch wer macht sich den schönen Tag und zu Lasten von wem? – Das hat auf jeden Fall mit der Wortentstehung zu tun. Der Pfingstochse wurde in früheren Zeiten ausgewählt, um ihn nach dem Treiben über die Wiesen oder durchs Dorf zu schlachten und zu verspeisen. Und der Ochse, der getrieben wird und geschlachtet werden soll, ist heute der Sozialstaat, für den es angeblich kein Futter mehr gibt. Dafür mästen sich dann die Fetten und Satten, bis sie platzen.

Noch flieht der Ochse vor den Schlächtern (Foto), aber wie lange noch?

ALBRECHT TRILLER am 16. Mai

Auffanglinie bei Löhnen notwendig

»Jeder legale Job ist zumutbar - auch wenn Lohn oder Gehalt weit unter den niedrigsten Tarifen liegen. Das ist die von Regierung und Opposition beschlossene Rechtslage für Arbeitslose nach Hartz IV, wenn sie ihren Anspruch auf Sicherung des Existenzminimums (ALG II) nicht verlieren wollen.« Darauf machte der DGB-Vorsitzende der Region Uckermark/Barnim Olaf Himmel aufmerksam. Nur noch der gesetzliche Wucherparagraph zieht eine Grenze nach unten. Allerdings sieht das Bundesarbeitsgericht ein Entgelt erst dann als sittenwidrig an, wenn der Tariflohn oder der meist niedrigere ortsübliche Lohn um ein Drittel unterschritten wird. Da zugleich jeder Qualifikationsschutz weggefallen ist, muß ein qualifizierter Angestellter im Falle der Arbeitslosigkeit auch einen Job akzeptieren, bei dem das unterste Tarifgehalt unterschritten wird. Lediglich in der Baubranche hat der Gesetzgeber den Tarifparteien ermöglicht, Mindeststandards zu vereinbaren, die zwingend für alle Firmen und Beschäftigten einzuhalten sind.

Für das Maler- und Lackiererhandwerk wurden diese tarifliche Mindestvergütungen seit April 2005 auf 7,85 Euro pro Stunde im Westen bzw. 7,15 im Osten angehoben. Dieser tarifliche Mindestlohn ist zugleich der Einstiegslohn für Arbeitslose. Im Bauhauptgewerbe liegt der für Arbeitslose anzuwendende Mindestlohn bei 10,36 bzw. 8,95 Euro/Std.

Die Arbeitsagentur ist, so DGB-Regionsvorsitzender Olaf Himmel, verpflichtet zu prüfen, ob bei gemeldeten Stellen diese Mindestlöhne gezahlt werden. Ist dies nicht sichergestellt, muß die Agentur den Arbeitgeber auf seine rechtlichen Verpflichtungen hinweisen bzw. die Vermittlungsbemühungen ablehnen.

Auf der Internetadresse www.tarifspiegel.de kann sich jeder einen Überblick über die untersten Tarifvergütungen für ArbeiterInnen und Angestellte in über 30 Branchen mit über 250 regionalen Tarifbereichen verschaffen. Zwar gelten diese Tarifstandards nur für Gewerkschaftsmitglieder und nur in tarifgebundenen Betrieben, doch ist die Datenbank auch für andere eine Orientierungshilfe. Liegt der Lohn für den neuen Job um mehr als 30 Prozent unter dem vergleichbaren Tariflohn, ist das Entgelt möglicherweise »sittenwidrig« und das Arbeitsangebot damit nicht mehr zumutbar.

Der DGB hält eine Diskussion um auskömmliche und existenzsichernde Löhne für erforderlich. Arbeitslose sollte bei Vollzeit-Jobs grundsätzlich nicht auf so niedrige Löhne verwiesen werden. Der DGB ist der Meinung, daß es dazu auch einer verbindlichen Regelung des unteren Arbeitseinkommens bedarf. Niemand sollte zu Vollzeit-Jobs gezwungen werden, die nicht zur Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit führen.

ANDREAS SULT, DGB Uckermark/Barnim

*Sind so kleine Hände, winz'ge Finger dran.
Darf man nie drauf schlagen, die zerbrechen dann.
Sind so kleine Füße mit so kleinen Zeh'n.
Darf man nie drauftreten, könn' sie sonst nicht geh'n.
Sind so kleine Ohren, scharf und ihr erlaubt.
Darf man nie zerbrüllen, werden davon taub.
Sind so schöne Münder, sprechen alles aus.
Darf man nie verbieten, kommt sonst nichts mehr raus.
Sind so klare Augen, die noch alles seh'n.
Darf man nie verbinden, könn'n sie nichts versteh'n
Sind so kleine Seelen, offen und ganz frei.
Darf man niemals quälen, geh'n kaputt dabei.
Ist so'n kleines Rückgrat, sieht man fast noch nicht.
Darf man niemals beugen, weil es sonst zerbricht.
Grade, klare Menschen wär'n ein schönes Ziel.
Leute ohne Rückgrat hab'n wir schon zuviel.*

Nach dem Lied von Hartwin Schulz beschäftigte sich Albrecht Triller sich dann mit dem Thema »Pfingstochsen«. Dabei stellte er eine Beziehung zur heutigen Zeit her. Das offene Mikro nutzte Günter Ilenz. Er erinnerte daran, daß am 10. Mai 1933 die Nazis die Bücherverbrennung inszenierten. Es sei typisch für die Sieger, daß sie die Kulturgüter der Unterlegenen bzw. Unliebsamen zerstörten. In der Nachwendzeit sind in Ostdeutschland nicht nur Bücher, sondern ganze Bibliotheken verbrannt worden.

Frank Töpfer sprach über die neuen Zuverdienstregelungen für ALG II-Empfänger. Obwohl schon seit Monaten über den Korrekturbedarf gesprochen wird, soll die Neuregelung erst im Herbst in Kraft treten. Wie immer müssen die Armen warten, für Reiche wird auch schon mal rückwirkend beschlossen.

Ute Frey, die die Kundgebung moderierte, berichtete davon, daß Montagsdemonstranten vom Grundsicherungsamt negative Konsequenzen angedroht werden, wenn sie weiterhin an Montagsdemos teilnehmen. Angeblich würden Demonstranten gezielt fotografiert werden, um ihre Demoteilnahme zu dokumentieren.

40. Montagsdemo am 23.5.

Teilweise starker Regen ließen die Demo fast ins Wasser fallen. Knapp 50 »Getreue« kamen und hielten aus. Frank Töpfer sprach auf der Kundgebung zum Thema der 40. Montagsdemonstration, den Ein-Euro-Jobs. Die Betroffenen wurden durch die Politik in eine existenzbedrohliche Situation gebracht, machte er deutlich. Sie seien aus wirtschaftlichen Gründen genötigt, Ein-Euro-Jobs anzunehmen. In der Statistik werden die Ein-Euro-Jobs wie Erwerbsarbeit gewertet. Sie mindern daher die offiziellen Arbeitslosenzahlen, ohne einen tatsächlichen Anteil zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Im Gegenteil, sie gefährden sogar noch reguläre Arbeitsverhältnisse. Städte und Gemeinden, wie auch andere Maßnahmeträger nutzen die für sie billigen Ein-Euro-Jobs zur Verbesserung ihrer Wirtschaftlichkeit. Für die Betroffenen aber, so Frank Töpfer, sind die 1-Euro-Jobs letztlich eine Form des Arbeitsdienstes.

Im zweiten Redebeitrag setzte sich Albrecht Triller mit dem Wahldebakel der SPD in NRW auseinander. Er bewertete das Wahlergebnis und die von der SPD angestrebten Neuwahlen des Bundestages als ein Ergebnis des breiten Widerstandes gegen Hartz IV und Agenda 2010. Widerstand lohne sich also doch und müsse fortgesetzt werden.

Mit vielen mitgebrachten Arbeitsgeräten demonstrierten die Anwesenden, daß sie arbeiten wollen. Sie verbanden ihre Bereitschaftserklärung aber mit Erwartungen auf Lohn statt Aufwandsentschädigung, höhere Regelleistungen u.a. Bedingungen. Anschließend zogen die Demonstranten vom Markt zur Agentur für Arbeit in der Schicklerstraße. Dort stand in Vertretung für den Agenturchef Herr Freyer den Demonstranten Rede und Antwort auf viele Fragen und Meinungsäußerungen.



Rechtsextremismus und soziale Fragen

Der massenhafte soziale Protest gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung fand im letzten Jahr an vielen Orten unter Beteiligung von Rechtsextremen statt. Dies ist kein Zufall: Die Rechte hat die soziale Frage als Agitationsmittel entdeckt. In ihren Schriften und Flugblättern findet sich verstärkt antikapitalistische Rhetorik: verlangt wird ein »deutscher Sozialismus«, den Berliner Parteien wird die »Ausplünderung des deutschen Volkes« vorgeworfen, Europäische Union und Wirtschaftsglobalisierung stehen in diesem Weltbild für den Raubzug internationaler Konzerne. Mit populären Aktionen wie Kinderfesten und Sozialberatung gibt sich die Rechte volksnah, spielt den »Anwalt des kleinen Mannes« und sucht ihren Einfluß in der Mitte der Gesellschaft auszubauen. Wie der Ausgang der Wahlen in Brandenburg und Sachsen zeigt, zeigt diese Strategie Erfolge. Auf unserer Tagung in Eberswalde (28.5., 10-

17 Uhr, Waldsolarheim, Brunnenstraße 25) soll die sozialpopulistische Ausrichtung der Rechten vor dem Hintergrund sozialer Ängste und Politik(er)verdrossenheit analysieren. Dies geschieht anhand aktueller Programme und einschlägiger Internetseiten. Diskutiert wird ebenso das Verhältnis von politisch motivierter Gewalt und alltäglicher Brutalisierung, das insbesondere bei gewaltbereiten Jugendcliquen zu beobachten ist – hier nimmt das Bundesland Brandenburg seit langer Zeit einen unrühmlichen Spitzenplatz in Deutschland ein.

Zusätzlich sollen Erfahrungen aus Sachsen berichtet werden, das sich zu einem organisatorischen Schwerpunkt des deutschen Rechtsextremismus entwickelt hat und wo sich eine effektive arbeitsteilige Zusammenarbeit zwischen der außerparlamentarischen und parlamentarischen Rechten eingeschaltet hat.

EUGEN MECKEL, Landesbüro Brandenburg

Montagsdemos im Bild

Eberswalde (em). An der Einweihung des Gartens des Gemeindezentrums im Brandenburgischen Viertel am 7. Mai nahmen auch viele Mitglieder des Vorbereitungskreises der Eberswalder Montagsdemo teil. Als allwöchentliche Gäste des Gemeindezentrums bei den Vorbereitungsberatungen für die Montagsdemos stellten sie sich bei der Einweihung mit einer

Foto-Dokumentation über die bis dahin 37 Montagsdemonstrationen vor. In dem Zelt der Montagsdemonstranten waren 13 Tafeln in der Größe von 65 mal 100 cm zu sehen. In diesem Zelt wurden auch die Aktivitäten gegen die Luftwaffenschauen des Jahres 2004 in Eberswalde, Senftenberg und Worms in Bildtafeln vorgestellt.

Offener Brief an die Gewerkschaften (Teil 1):

Kleinunternehmer sind ebenso Betroffene

Ich unterstütze von Herzen die Gewerkschaftsforderung nach auskömmlichen und existenzsichernden Löhnen. Zugleich bitte ich aber alle Gewerkschaftsfunktionäre und Politiker, jegliche Diskriminierung der Selbständigen wegzulassen und keine Spaltung der vom Zyklusende Betroffenen herbeizureden.

Selbständige möchten nach Abzug aller Lohn-, Steuer-, Sozialabgaben-, Wasser-, Energie- und Mietkosten natürlich genau wie Lohnempfänger nach Abzug aller Abzüge vom Bruttolohn auch noch ein ausreichendes Einkommen zum Begleichen der fälligen Privat Ausgaben für Nahrung, Miete, Auto usw. haben. So, wie die Angestellten als wichtigstes Kriterium für eine Mitarbeit in Firmen die regelmäßige und pünktliche Zahlung der vereinbarten Lohnsumme ansetzen, können auch die Chefs selbst nur bei einigermaßen regelmäßiger und für den Unterhalt einer Familie ausreichender Gewinnentnahme aus der Firma eine solche Firma gegenüber ihrer Familie verantworten. Gewinnentnahme ohne mindestens ausgleichende Gewinne führt bei Fehlen von Reserven zum Substanzverzehr der Firmen.

Gewinne ehrlich zu erarbeiten wird in Zeiten hoher Verschuldung von Staat und Wirtschaft für alle Branchen, die von Konkurrenz geprägt werden, immer schwieriger, falls man nicht im

Besitz einer Monopolposition ist. Handwerker, Händler, Wissenschaftler und kleine Industriebetriebe müssen ihre Preise dem Diktat des immer geizigeren Marktes unterwerfen, während Anwälte, Ärzte und einige weitere einflußreiche Kreise dem Markt per amtlicher Gebühren tabelle die Preise diktieren. Banken sind vor Lieferanten auszuzahlen, und davor rangieren noch die Forderungen des Staates an Firmen und Bürger. Nur bei den von Konkurrenz umjagten Produzenten kann der Konsument den billigsten Preis aussuchen. Bei Monoppreisen kann er ebensowenig mitreden wie die kleinen vom Monopol belieferten Firmen.

Wir werden eine Pleitewelle erleben, wie sie Europa bisher nie gesehen hat. Produktion lohnt nicht mehr. Und es verschwinden – eigentlich untypisch für eine funktionierende und freie Marktwirtschaft – mit den Produzenten heute schon massiv Waren aus dem gewohnten Sortiment, daß sogar NETTO in großen Anzeigen uns bisher abgewimmelte regionale Erzeuger auffordert, endlich ihre bislang belächelten Waren anzubieten, während sich kleine Händler wundern, was man so alles einfach nicht mehr beschaffen kann.

Produktion ist immer weniger kostendeckend, sondern wird zum teuren Hobby. Selbst die verführerischen Null-Kosten-Prakti-

kanten diverser Umschulungsstätten sind inzwischen unattraktiv, weil auch mit zusätzlicher Sklavenarbeit in kleinen Firmen die Einkommen der übrigen Beschäftigten nicht auf Normalmaß gehalten werden können.

In Eberswalde verfügen die WHG, die WBG, die Treuhand, das Bundesvermögenamt und die Liegenschaftsämter über nahezu die gesamte leerstehende Gewerbeobjektfläche, die so seit der Wende dem Markt vorenthalten wird oder mit zusätzlichen Steuer geldern beispielsweise im Brandenburgischen Viertel gleich in ganzen Straßenzügen niedergerissen wird, statt diese aus den 80er Jahren stammende gute Bausubstanz an örtliche kleinere Firmen zu verschenken. Das kostet weniger als der Abriß, was auch mit dem albernen Altschuldenargument nicht ernsthaft widerlegt werden kann. Diese Schulden einfach auszubuchen ist um Potenzen billiger, als ganze Regionen durch künstliche Gebäudeverknappung im wahrsten Sinne des Wortes zu ruinieren.

Muß Deutschland erst auf zentralafrikanisches Niveau absinken (was bei konsequentem »Weiter so!« vorprogrammiert ist) – oder können wir nicht eine Abfahrt früher den falschen Weg verlassen, also bevor uns das Wasser bis zum Hals steht?

PETER SPANGENBERG

Genfelder gekennzeichnet

Im Rahmen der Aktionswoche gegen Gentechnik vom 16.-22. Mai haben mehrerer Gruppen einen Teil der Genfelder Brandenburgs gekennzeichnet. Es wurden Schilder mit dem Warnhinweis »Vorsicht Gentechnik!« oder »Vorsicht Genmais!« mit dem Zeichen für biologische Gefahr aufgestellt. Die Schilder wurden von den LandwirtInnen bzw. den WissenschaftlerInnen schnell wieder entfernt. Eine eigene Kennzeichnung haben die GentechnikbetreiberInnen nicht vorgesehen.

Ziel der Aktion ist es, die Felder in den Blick der Öffentlichkeit zu bringen. So wird die Diskussion über den Anbau genmanipulierter Pflanzen konkreter. Fotos und Karten der gekennzeichneten Felder werden demnächst auf der website des »Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik« (<http://www.dosto.de/gen-gruppe/>) veröffentlicht. Auch wenn die Flurstücke der Felder im Standortregister des Bundesamtes für Verbraucherschutz öffentlich einsehbar ist, so bleibt doch noch ein großer zeit-

licher und organisatorischer Aufwand, um die Felder aufzufinden. Das Standortregister sollte deshalb mit genauem Kartenmaterial ergänzt werden, so daß jede und jeder die genaue Lage der Felder einsehen kann.

Während der Aktionen konnten einige interessante Beobachtungen gemacht werden. So befinden sich in der Nähe der Genmaiskfelder in Neutrebbin und Gusow Felder mit konventionellem Mais. Hier ist eine Auskreuzung äußerst wahrscheinlich. In Gusow sind noch die Maisstoppeln aus dem letzten Jahr sichtbar. Dadurch wird deutlich, daß die dortigen Genfeldbetreiber weder eine Fruchtfolge einhalten, noch das Feld umgeflügt haben. Das wären die einfachsten und effektivsten Mittel gegen den Maiszünsler, gegen dessen Befall der genmanipulierte Mais schützen soll.

Die bisher noch nicht gekennzeichneten Felder werden in den nächsten Wochen mit Schildern dekoriert und im Internet dokumentiert.

Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik

Höhere Energiekosten nicht durch Ökostrom

Der Verband der Energiewirtschaft erzählt Unsinn! Die Ökostromerzeugung in Deutschland führt im Jahr 2005 nicht zu Strompreiserhöhungen. Energieversorger, die Preiserhöhungen dennoch mit der Einspeisung Erneuerbarer Energien begründen, lenken nur von anderen Motiven wie der aktuellen Steigerung ihrer Unternehmensgewinne ab. Bereits in 2003 und 2004 haben die deutschen Stromversorger von den Verbrauchern zuviel für den Stromanteil

aus Erneuerbaren Energien kassiert. Diese ungerechtfertigten Erträge in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro sind bisher nicht zurückbezahlt oder verrechnet worden.

Als Faustformel gilt: Wer im Jahr 2005 eine EEG-Umlage von mehr als 0,5 Cent pro Kilowattstunde (für Durchschnittshaushalt etwa 1,50 Euro im Monat) bezahlt, wird abgezockt.

MILAN NITZSCHKE,

Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)

Mobiltelefone verbieten?

Zum Thema Elektroschund und Handystrahlung möchte ich Sie liebe Leser darauf hinweisen, daß jüngst eine Meßapparatur zum Aufspüren von elektromagnetischen Feldern gerichtlich verboten wurde. Begründet wurde diese Entscheidung damit, daß diese Apparatur selbst zu hohe Strahlungsemissionen abgibt.

Fakt ist jedoch, jene Apparatur gibt nur etwa zwei Prozent der durchschnittlichen Handystrahlung ab.

Das sorgte bei Journalisten und Handyherstellern für Wirbel, heißt das Urteil doch nichts anderes, als das auch Handys und ähnlich strahlungsintensive Geräte vom Markt genommen werden müßten. Der Hersteller dieser »Meßapparatur«, ein gewisser Prof. Dr.-Ing. Konstantin Meyl, wurde darüber hinaus zu einer Geldstrafe von 4000 Euro verurteilt, was Handyherstellern & Co. unzählige Klagen befürchten läßt.

Prof. Meyl, der auch Leiter eines kleinen Instituts ist, ist dem wissenschaftlichen Klerus schon seit einiger Zeit ein Dorn im Auge, vertritt er doch eine Theorie, die für einige Wissenschaftskollegen etwas zu weit geht. Um nicht zu weit abzuschweifen: jene »Meßappa-

ratur« die als Demonstrations-Set oder Experimentier-Set hauptsächlich an Schulen, Universitäten und interessierte Privatpersonen vertrieben wird, macht die Theorie dieses Professors auch für Laien verständlich. Vielleicht zu verständlich, denn die Konsequenzen werden gleichermaßen von Wirtschaft und Wissenschaft gefürchtet.

Durch diese Theorie werden nicht nur Relativitätstheorie und Quantenmechanik zur Erklärung unnötig, es wird auch die schädigende Wirkung hochfrequenter elektromagnetischer Wechselfelder auf Physis und Psyche ableitbar.

Da seit längerer Zeit Wissenschaftler, die sich kritisch zur Handystrahlung äußerten, mundtot gemacht wurden, wundert dieses Urteil umso mehr, als daß man sich nun auf die Expertisen eben dieser Wissenschaftler beruft. Welche Auswirkungen dieser Richterspruch haben wird, bleibt abzuwarten.

Empfehlenswert zu diesem Thema ist das Buch »Neutrinopower« von Johannes von Buttlar und Pr. Dr. Konstantin Meyl. Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter anderem unter www.k-meyl.de.

ANDY LOSCH

Aktionstag GRÜN

Effektiv Wirtschaften mit der Natur

Im Oktober 2004 gründete eine Gruppe von MitarbeiterInnen und Studierenden der Fachhochschule Eberswalde die Aktionsgruppe »Umweltmanagement«. Ziel war und ist es, das Leitbild einer nachhaltigen Hochschule in allen praktischen Bereichen umzusetzen und ein Umdenken in Sachen Ressourcenschutz allgemein bewirken – und das über den Kreis der Hochschulangehörigen hinaus.

Gemeinsam mit lokalen Initiativen, die sich in diesem Bereich engagieren, aber auch mit Vertretern von Ämtern und Verwaltung, findet daher am 31. Mai 2005 ein gemeinsamer »Aktionstag GRÜN« statt. Der Stadtcampus wird am Nachmittag zu einem bunten »Markt der Möglichkeiten«, auf dem zahlreiche (v.a. lokale) Akteure auf verschiedenste Art und Weise Informationen zu dem Thema anbieten: es kann experimentiert, geforscht, gekostet, gespielt, gestaunt oder geplant werden.

Parallel dazu laufen Vorträge und eine Diskussionsrunde zum Stand der Nachhaltigkeit an unserer Hochschule. Zum Abschluß des Tages ist ein Filmabend nach dem Vorbild der Ökimedia-Filmfest-Nachspielturnee geplant. FechnerMedia hat dafür den preisgekrönten Film »Die neue Power. Erneuerbare Energien in Europa« bereitgestellt.

Bei einem Erfolg der Veranstaltung ist geplant, den Aktionstag zu einer »festen Institution« werden zu lassen und ihn regelmäßig ein Mal im Jahr zu organisieren.

DANIEL FISCHER

Rußpartikel in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Im November 2004 wurden geladene Städte und Gemeinden erstmalig in einer Informationsveranstaltung des Landesumweltamtes (LUA) offiziell über die Betroffenheit von der EU-Luftqualitätsrichtlinie und daraus folgende Konsequenzen in Kenntnis gesetzt. Darüber informierte Baudezernent Dr. Gunther Prüger jetzt auf Anfrage. Basierend auf der Beurteilung der Luftqualitätswerte des Jahres 2003 gehört Eberswalde zu den 21 Städten und Gemeinden, für die nach gegenwärtiger fachlicher Beurteilung des LUA die Gefahr besteht, daß der ab 1.1.2005 einzuhaltende Grenzwert für PM₁₀ überschritten wird. Für diesen Fall ist die zuständige Behörde (das ist das LUA) zur Aufstellung eines Aktionsplanes verpflichtet, um die Einhaltung des Grenzwertes sicherzustellen.

In Eberswalde sind drei Straßenabschnitte gefährdet: die Breite Straße (zw. Braut- und Salomon-Goldschmidt-Str.), die Eisenbahnstraße (zw. Zimmer- und Puschkinstr.) und die Eberswalder Straße (zw. Biesenthaler und Bahnhofstr.). Messungen gab es nur in der Breiten Straße. 2004 kam es hier 25mal zu einer Überschreitung des zulässigen PM₁₀-Tagessmittelwert von 50 µg/m³ (weitere Informationen in der nächsten Ausgabe).

Der Weg in eine nachhaltige Zukunft (Teil 4)

Die Prinzipien der Permakultur

von Daniel Fischer

Obwohl die einzelnen Permakulturprojekte sehr individuell geprägt sind und sich von ihrer äußeren Form erheblich voneinander unterscheiden können, liegen ihnen allen dieselben Grundlagen und Prinzipien zugrunde, die sorgfältig mit den örtlichen Verhältnissen in Einklang gebracht werden müssen. Deshalb ist eine gründliche Planung im Vorfeld sehr wichtig, bei der die lokalen Standortverhältnisse und äußere Faktoren wie z.B. das Klima, die Bodenbeschaffenheit, die geografische Lage und der Wasserhaushalt berücksichtigt werden. Bei einem Permakulturentwurf steht die menschliche Nutzung im Vordergrund. Sie soll jedoch in Harmonie mit den Gesetzen der Natur erfolgen.

1. Alle Elemente eines Systems stehen miteinander in Wechselwirkung

Die einzelnen Elemente eines zu gestaltenden Permakultur-Systems sind nicht isoliert voneinander zu betrachten, sondern werden so zueinander platziert, daß sie sich gegenseitig unterstützen. Auf diese Weise sollen so viele vorteilhafte und synergetische Beziehungen hergestellt werden wie es möglich.

2. Jedes Element hat mehrere Funktionen

Um eine möglichst hohe Stabilität für das Gesamtsystems zu bewirken, sollen die einzelnen Elemente nach Möglichkeit so ausgewählt werden, daß sie gleichzeitig mehrere Funktionen erfüllen. Eine Heckenanlage beeinflusst z.B. nicht nur das Mikroklima, sondern schafft einen geeigneten Lebensraum für viele nützliche Tiere. Sie kann außerdem vielerlei Früchte tragen, Flechtmaterial liefern und einen Sicht-Lärmschutz bieten.

3. Jede wichtige Funktion wird von mehreren Elementen getragen

Indem wichtige Funktionen im System nicht nur von einem, sondern von mehreren Elementen geleistet werden, ist die Aufrechterhaltung dieser Funktionen auch unter schwierigen Umständen weiterhin möglich.

4. Effiziente Energienutzung

Ein wichtiger Grundsatz von Permakultur ist die Minimierung jener Energie, die erforderlich ist, um die Funktionen eines Systems aufrechtzuerhalten. Der Energieoutput soll den Input an Energie dauerhaft übertreffen.

5. Nutzung natürlicher Ressourcen

Durch den Entwurf und die Gestaltung von Permakultursystemen soll eine Lebens- und Wirtschaftsweise realisiert werden, bei denen erneuerbare Ressourcen sowie die Elementen und Prozessen des Systems genutzt werden an-

statt sie durch unökologische Verfahren zu beinträchtigen.

6. Gewinnung und Speichern erneuerbarer Energien, Schließen von Kreisläufen

Permakultur versucht, den Durch- und Abfluß von Energien und Nährstoffen im und aus dem System zu verlangsamen und in Kreisläufe umzuwandeln, die für den Menschen nutzbar sind. Dazu zählt z.B. die Anlage von Seen und Teichen zur Sammlung des abfließenden Wassers, das Kompostieren von Küchenabfällen und organischen Materialien und die Nutzung der Sonnenwärme für Heizzwecke.

7. Kleinmaßstäbige, intensiv genutzte Systeme

Anstatt den zur Verfügung stehenden Raum und die Ressourcen zu verschwenden, sollen sie in einem Permakultursystem so effektiv wie möglich genutzt werden.



8. Nutzung und Mitgestaltung von Entwicklungen und Abläufen in der Natur

Im Gegensatz zu der heutigen industrialisierten Landwirtschaft versucht Permakultur, die natürlich und von alleine ablaufenden Prozesse nicht zu stoppen, sondern diese in ihrem Sinne mitzugestalten, erwünschte Abläufe (wo möglich) zu beschleunigen und in die gewünschte Richtung zu lenken.

9. Vielfalt statt Einfalt

Hinsichtlich der Vielfalt ist das Ziel eines Permakultur-Entwurfs weniger, eine möglichst hohe Anzahl verschiedener Elemente zu etablieren, sondern vielmehr eine große Vielfalt an funktionalen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen diesen Elementen zu entwickeln. Kein unüberlegtes Nebeneinander von möglichst vielen Pflanzenarten, sondern erst die Gestaltung der Beziehungen zwischen den einzelnen Vegetationselementen macht das System widerstandsfähig gegen Störungen und sichert die erwünschten Erträge.

10. Randeffekte fördern und nutzen

Wo verschiedene Klimabereiche, Böden, Hangneigungen oder andere natürliche Strukturen einander berühren liegt ein Randeffekt vor. Solche Randzonen sind meist weitaus produktiver als ein einziges Ökosystem. Bei einem Permakulturentwurf soll deshalb eine große Anzahl von Grenzbereichen im System entstehen.

Neben diesen Gestaltungsprinzipien existiert auch ein Zonierungskonzept für die grundsätzliche Anordnung der Elemente. Um die Bewirtschaftung des Systems zu erleichtern und den Arbeitseinsatz zu minimieren, werden die Bereiche eines Permakulturprojekts entsprechend nach dem Grad der Aktivität behandelt: Bereiche häufiger Aktivität werden in das Zentrum platziert, während weniger häufig besuchte Bereiche nach außen verlagert werden. Allerdings soll ein möglichst fließender Übergang die verschiedenen Zonen miteinander verbinden.

Anhand dieser Darstellung soll deutlich werden, daß Permakultur ein völliges Umdenken erfordert und uns wieder näher zu unserem eigenen Ursprung bringt. Indem durch Permakultur das Verständnis über die natürlichen Prozesse und Abläufe geschärft wird, kann ein Weg zu einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung und eine naturverbundene Lebensweise aufgezeigt werden. Mittlerweile interessieren sich immer mehr Menschen für dieses umfassende Konzept. 26

Jahre nach der Entstehung des Begriffs sollen laut den Angaben der bekannten australischen Ökosiedlung, Crystal Waters, bereits mehr als 4000 unabhängige Permakulturprojekte in über 120 Staaten existieren. Das ist ein positives Zeichen, daß Hoffnung gibt. Durch den ganzheitlichen Ansatz, die Orientierung an ökologische und ethische Prinzipien und durch die Formulierung von dauerhaften, nachhaltigen Konzepten, bestehen gute Chancen, daß die Bewegung weiter wächst und Permakultur in der Öffentlichkeit einen größeren Anklang findet. Ihre besondere Stärke ist, daß sie sich nicht nur an einzelne Fachexperten richtet, sondern uns alle zur Aktivität und zur kreativen Zusammenarbeit ermuntert, egal ob wir nun in der Stadt oder auf dem Land wohnen. In diesem Sinne bleibt zu hoffen, daß sich die Äußerung von Bill Mollison bewahrheiten wird und durch Permakultur viele kleine Paradiese auf dieser Welt entstehen, die unseren Planeten in ein neues, friedlicheres und nachhaltiges Zeitalter führen werden.

Nochmals als Zeitzeuge zum 60. Jahrestag - Ende 2. Weltkrieg

Es ist großartig, daß wir nun seit etwa fünfzehn Jahren die freie Meinungsäußerung haben und diese auch in der Barnimer Bürgerpost unter der Redaktion von Gerd Markmann uneingeschränkt praktiziert wird. Erstaunlich und befremdlich ist Herrn Markmanns Behauptung, ich hätte von falschen Tatsachen geschrieben und andere wichtige Weltprobleme wie etwa Japan und die Mongolei außer acht gelassen, sie waren mir auch damals bekannt und konnten Hitler eher noch bestärken für den Beginn erfolgreicher Kriegführung zunächst mit der Sicherheit des Paktes mit Stalin. Tatsachen aus eigenem Erleben in Schule, Zwangsjugendbewegung, Wehrmachtssoldat und mehrjähriger Kriegsgefangenschaft zu negieren, ist mindestens unverständlich und mir möglicherweise nur so erklärbar, daß Herrn Markmanns Sympathie noch voll für Stalin steht. Stalin und Hitler gelten gleichermaßen als Verbrecher – Unterschiede sind gradmäßig schwer zu treffen, für mich ist Hitler der größere Verbrecher. Beider Ziele hießen Welt Herrschaft (wenn Stalin auch entgegen seinem Vorgänger Lenin zunächst den »Sozialismus« im eigenen Lande wollte). Beide sehe ich als die unversöhnlichsten Rivalen in einem Welt-schachspiel, bei dem es mitunter scheinbar freundschaftliche Phasen geben konnte.

Meine »Zeugenaussage« in der Maiausgabe der Barnimer Bürgerpost bezog sich ausschließlich auf die Aussage zum Kriegsbeginn

zu diesem Zeitpunkt: Ohne den Hitler-Stalinpakt wäre das Verbrechen Hitlers gegen das Münchener Abkommen – Polen u.a. wegen des Korridors zu Ostpreußen anzugreifen – schlecht möglich gewesen. Stalin bekam dabei einen Teil Polens und den uneingeschränkten Einfluß auf die baltischen Länder (seine Verbrechen an der polnischen Bevölkerung sind bekannt, z.B. Katyn). Hitler konnte für die nächste Zeit vor der Gefahr eines Zweifrontenkrieges (nach den Erfahrungen des 1. Weltkrieges!) sicher sein. Dieser Hitler-Stalinpakt ist keine falsche Tatsache! Vor diesem Vertrag hatten England und Frankreich den Versuch unternommen, mit Stalin zu einem Vertrag zur Einkreisung Deutschlands für die Verhinderung eines Krieges zu kommen – das Zustandekommen scheiterte nach meinen Informationen an Rußland. Zum Hitler-Stalinpakt gibt es Aufzeichnungen des französischen Botschafters in Berlin, Robert Coulondre: »Die Nachricht wirkt auf mich wie ein Schlag ins Gesicht. Wir sind also überspielt worden! Damit ist der letzte Faden, an dem der Friede noch hing, gerissen...«.

Die Jugendpropaganda der Hitlerzeit hieß zusammengefaßt: »Nach Ostland geht unser Ritt«, der »Bolschewismus« wurde als der allerschlimmste Feind dargestellt (der Hitler-Stalinpakt brachte keinerlei Erleichterung geschweige Anerkennung für Kommunisten, nur Kleingläubige nahmen den Pakt hoffnungsvoll ernst). Den Begriff Präventivkrieg verwende

ich nicht! Mit verschiedenen Vorzeichen verwendet ihn Herr Markmann und die Nazipropaganda 1941. Die russischen Gefangenenzahlen standen damals in den Zeitungen und ich sah sie in großen Lagern und als Straßenkolonnen zu Arbeitseinsätzen. Auch das sind Tatsachen, die Herr Markmann als falsch benennt.

Es ist aus der Sicht der Lage und Bevölkerungsstimmung in Deutschland besonders nach dem 20. Juli 1944 schwer einzuschätzen, wie lange der Krieg ohne die Landung der Engländer und Amerikaner in Frankreich noch gedauert hätte. Mindestens ist doch sehr merkwürdig: Flucht gab es vor der Roten Armee nicht gegenüber den Westmächten. Nach 60 Jahren sollten wir den 17. Juni 1953, die Erfahrungen mit der sozialistischen Regierung in Ungarn 1956 und der Sowjetarmee sowie dem sogenannten Prager Frühling unter dem Sozialisten Dubcek und dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten unter Führung der Sowjetunion sowie den Mauerbau mit allen bösen Folgen nicht vergessen – so ertaube ich mir die Meinung, daß wir der Sowjetunion Stalins nicht die heutige Freiheit vom Nationalsozialismus zu verdanken haben.

Die Riesenzahlen von gefallenem Soldaten – die größten auf russischer Seite! – haben das Ende des 2. Weltkrieges mit bewirkt. Dies sehe ich als Anklage und Mahnmal für Politik, die Krieg und Massenmorden nicht verhindert!

Dr. SIEGFRIED ADLER

Die Toleranz hat auch Grenzen

Faschistische Äußerung haben hier keinen Raum

Der Disput um die Bewertung des 60. Jahrestages der Befreiung in der BBP 5/2005 (»Die Meinung eines Zeitzeugen« und »Dabei gewesen zu sein, reicht nicht«) hat neben der obigen Replik von Dr. Adler weitere Reaktionen hervorgerufen. So gab es eine Zuschrift, in der das, was Dr. Adler durch seine partielle Darstellung nur andeutete, als endgültige Behauptung aufgestellt wurde: »Stalin beabsichtigte zweifellos einen Überfall auf Westeuropa«, heißt es da. Er habe »massenhaft Material für einen Blitzkrieg an der neuen deutschen Grenze aufgefahren. Natürlich war er bestens auf Krieg vorbereitet, wie die gewaltigen Fallschirmspringerdivisionen, die weltgrößte Panzerflotte und weitere astreine Angriffswaffen belegen.« Der Leser gibt damit unreflektiert die Phantastereien eines in den 80er Jahren in den Westen übergelaufenen KGB-Offiziers wieder, der seitdem unter dem Synonym Viktor Suworow einige gut verkaufte Bücher veröffentlichte, in dem er die These vertritt, daß der Überfall Hitlerdeutschlands einem sowjetischen Angriff nur um etwa 14 Tage zuvorgekommen sei. Zur Glaubwürdigkeit der Suworowschen Behauptungen gibt es umfangreiches Material (z.B.: www.h-ref.de/literatur/s/suworow-viktor/eisbrecher.php sowie [\[storisches-centrum.de/barbarossa/index.html\]\(http://storisches-centrum.de/barbarossa/index.html\)\), so daß hier eine ins einzelne gehende Auseinandersetzung unterbleiben kann.](http://www.hi-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Stalin war zweifellos ein grausamer Diktator, der für die Sicherung seine Macht über Berge von Leichen ging. Mit Kommunismus hatte dessen Herrschaftssystem nichts zu tun. In Summa fielen dem Terror Stalins mehr Kommunisten zum Opfer, als dem Hitlerfaschismus. Darunter die gesamte »alte Garde« aus Lenins Zeiten. Der »große Terror« der 30er Jahre enthauptete auch die Rote Armee. Die anfänglichen Niederlagen im 2. Weltkrieg sind nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen.

Die Charakterisierung Stalins als Verbrecher rechtfertigt jedoch noch lange nicht Behauptungen, die faschistische Wehrmacht sei 1941 lediglich einem geplanten sowjetischen Angriff zuvorgekommen. Damit wird die damalige faschistische Propaganda wieder aufgewärmt. Hierfür ist in der »Barnimer Bürgerpost« kein Platz. Da hilft auch keine Berufung auf unsere Publizistischen Grundsätze. Denn dort heißt es: »Keinen Raum ... haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen«.

GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Energiegeladen

Feinstaub und Kerosinsteuer- Schlagwörter, die seit Wochen in den Medien zu finden sind. Doch was steckt dahinter und welche Auswirkungen hat dies für uns und unsere Natur?

Beim Jugendumweltseminar »Autobahn ins Treibhaus« der BUNDjugend Brandenburg wird diesen Fragen genauer auf den Grund gegangen. Dazu lädt der Umweltverein vom 17. bis zum 19. Juni 2005 alle Jugendlichen von 15 bis 25 Jahren auf die schöne Burg Lenzen in der Prignitz ein. Referiert und diskutiert wird zu den Themen Klima, Energie und Verkehr. Das Seminar ist eines aus der vierteiligen Reihe »Ökoführerschein«. Hier lernen Jugendliche zwar nicht, wie man umweltfreundlich Auto fährt, aber sie setzen sich mit den verschiedensten Themen aus den Bereichen Umwelt und Natur auseinander. Wer an allen vier Seminaren teilnimmt, erhält ein Zertifikat, das beispielsweise bei der Bewerbung für ein freiwilliges ökologisches Jahr oder für einen »grünen« Beruf nützlich sein kann.

Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft belaufen sich auf 20 Euro. Interessierte melden sich bei der BUNDjugend Brandenburg (Fr.-Ebert-Straße 114a, 14467 Potsdam, Tel. 0331 9511971, Email: bundjugend-bb@bund.net) an.

THORSTEN HAAS, BUNDjugend Brandenburg

Seit einigen Jahren liegt uns eine Kopie des Kriegstagebuches der 6. (Krad-schützen) Kompanie des Schützen-Regiments 3, Eberswalde »Unser Feldzug in Frankreich« vor. Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung sollte auch daran erinnert werden, wie fünf Jahre zuvor auch von Eberswalde aus der faschistische Feldzug zur Neuaufteilung der Welt begann. Der Jubelzug der Krad-schützen durch Eberswalde am 10. Juli 1940 steht in direktem Bezug mit der Zerstörung der Innenstadt im April 1945. Beides gehört zur Eberswalder Geschichte.

In der Unmittelbarkeit des damals Niedergeschriebenen stehen sich Freude und grausames Leid, Schuldige und unschuldige Opfer gegenüber. Man merkt, wie stark die Eberswalder Soldaten von der faschistischen Ideologie ergriffen waren. Ein Fakt, der bei den alljährlich in Eberswalde stattfindenden Traditionstreffen kaum eine Rolle spielt. Stattdessen erfolgt mit Bundeswehrunterstützung eine Verklärung der »Kameraden«, die »auf dem Felde der Ehre« doch nur »ihre Pflicht für das Vaterland« taten (vgl. BBP 7/2003).

Das Schützenregiment 3 lag seit 1935 in Eberswalde-Ostende. Das Regiment gehörte als Infanterieverband zur 3. Panzerdivision (PzDiv) und damit zur Elite der faschistischen Wehrmacht. Die Panzertruppen bildeten das wichtigste Element der faschistischen »Blitzkriege«. So war die 3. PzDiv während des Überfalls auf Polen im September 1939 tief in den Rücken der polnischen Armee bis nach Brest (200 km östlich Warschau) vorgestoßen.

Überfall auf Belgien

Bereits Anfang November 1939 erfolgt die Verlegung nach Westen. Den Winter verbringt die 6. KrSchKp im Rheinland, wo sie zuletzt in Osterath bei Krefeld lagert. Als am 10. Mai 1940 mit dem Einmarsch in die neutralen Beneluxländer der »Frankreichfeldzug« beginnt, gehört die 3. PzDiv im Rahmen des XVI. mot. Armeekorps (General Hoepner) zur 6. Armee. Diese soll die rechte Flanke der faschistischen Stoßgruppierung decken und auf Brüssel vorstoßend die britisch-französischen Kräfte in Belgien binden.

In der 6. Kompanie gibt es am 10. Mai 1940 um 0.45 Uhr auf der Schreibstube in Schweinheim eine Lagebesprechung der Zugführer beim Kompaniechef Olt. Engelin. Das Bataillon ist um 7 Uhr mit Marschbefehl Neuss - Garzweiler - Jülich - Aldenhoven (20 km nordöstlich von Aachen) abmarschbereit. Am 11. Mai, Pfingstsonnabend, müssen alle Soldaten ihr Geld beim Rechnungsführer abgeben. Bei Alsdorf läßt die Kompanie andere Marschgruppen und Panzer vorbei. Stuka-Geschwader fliegen in Richtung Westen. Im Morgengrauen des 12. Mai 1940 steht die Kompanie vor Maastricht (Niederlande). Britische Bomber werden von der 8,8-cm-Flak abgewehrt. Auf Pontons überwindet die Kompanie die Maas in Richtung Albert-Kanal. An den Bunkerbefesti-

Vor 65 Jahren:

Eberswalder im »Blitzkrieg«

Seine Geschichte kann man nicht verleugnen, wohl aber kann man aus ihr lernen.

gungen liegen tote belgische Soldaten in den Gräben. Fast jedes Dorf an der Vormarschstraße ist zerstört, überall Spuren harter Straßenkämpfe. Unweit von Tongeren findet die Kompanie ein abgeschossenes deutsches Flugzeug. Der Pilot liegt erstochen neben der Maschine. Einen weiteren Bombenangriff übersteht die Kompanie schadlos.

Während sich die Kompanie auf zwei Bauernhöfen einrichtet, ziehen die Flüchtlinge mit ihrer armseligen Habe durch die zerschossenen Dörfer einem ungewissen Schicksal entgegen.



Panzer und MG-Gruppe in St. Venant vor 2 toten Engländern.

Von Schuldgefühlen keine Spur: »Unwiderstehlich groß steht vor uns allen die Erkenntnis«, schreibt Kompanieschreiber Michelsen, »wie maßlos Englands Schuld ist, auch dieses unglückliche Volk der Belgier abermals in tiefes Leid und Elend gestürzt zu haben.«

Bei Maret, 40 km östlich von Brüssel, hat die Kompanie ihre erste »Feindberührung« und die ersten französischen Gefangenen. Ein feindliches Munitionslager geht in die Luft, dazwischen tote Franzosen, übel zerrissen von deutschen Granaten. Der Gegenangriff französische Panzer bringt die Kompanie in Schwierigkeiten. Elitetruppen von Panzern aus Paris stünden ihnen gegenüber, heißt es im Kriegstagebuch. Sie gehören zu der in Belgien einrückenden 1. französischen Armee, die hier am 13. Mai auf die Panzer des Armeekorps Hoepner trifft. Bei diesem ersten großen Panzergefecht des 2. Weltkrieges erleiden beide Seiten schwere Verluste.

Am 14. Mai ziehen sich die vorgeschobenen französischen Truppen auf die Dyle-Linie zurück. Die Eberswalder Krad-schützen setzen über Huppaye - Geest-Gerompont - Thorambais-Saint-Trond nach. An diesem Tag kommt der Hauptfeldwebel der Kompanie mit den ersten Ersatzmannschaften aus Eberswalde an.

Das Dorf Perbais wird erbittert verteidigt. Der Widerstand der Franzosen hält die Leute der 6. Kompanie in den Gräben, die voller To-

ten der 3. Kompanie sind, die hier zuvor angegriffen haben. Der Sturm auf Perbais kostet die Kompanie am 15. Mai drei Tote, 15 Verwundete und 14 Vermißte. Es werden 75 Gefangene gemacht, die der 1. frz. Infanteriedivision aus Dünkirchen angehören.

Vorstoß nach Nordfrankreich

Nach den ersten Begegnungsgefechten werden die motorisierten Truppen der 6. Armee an die Heeresgruppe A von General von Rundstedt übergeben, die den Hauptstoß führt. Am 22. Mai befindet sich die 6. KrSchKp auf der Straße von Haspres nach Thonville (40 km südl. von Lille). Einer der drei Vorauspanzer erhält einen Pak-Treffer. Zwei Mann werden schwer verwundet, 800 Meter vor dem Kanal, zwischen die Schutthalden einer Zeche, ein Hinterhalt. Wiederholte Angriffe der Eberswalder bleiben auch mit Unterstützung des zugeteilten Panzerzugs erfolglos. Verwundete und Tote sind das einzige Ergebnis. Doch das Bataillon umgeht den Widerstandspunkt.

24. Mai 1940. Es werden englische Zeltlager und Vorräte gefunden. Man kann sich waschen und schlafen. Am La Bassée-Kanal soll ein Brückenkopf gebildet werden. ringsherum brennen die Dörfer. Bei St. Venant (30 km westl. von Lille) kann die 6. Kompanie die Engländer mit SS-Männern, da diese einen tarnartigen Überzug tragen. Aus dem Nachbardorf Robecq versuchen eingeschlossene Engländer auszubrechen. Sie waten einen kleinen Bach aufwärts. Die Gruppe von Unteroffizier Moder verhindert dies sofort und nimmt die Engländer gefangen. St. Venant ist völlig zerstört, rauchende Trümmerhaufen, brennende Häuser, überall totes Vieh. Im Zusammenwirken mit den Panzern reiben die Eberswalder eine ganze englische Kompanie auf. Gefangen werden ein Captain, ein Divisionspfarrer und 23 Mann. Die Krad-schützen ziehen in die Frauen-Irrenanstalt von St. Venant ein. Englische Granaten töten und verwunden auch einige Insassen. Kommentar im Kriegstagebuch: Krieg ist Krieg - und wir können Stroh und Eier organisieren und einigen Flaschen den Hals brechen. Die Freude ist groß - Feldpost ist da und die belgische Armee hat kapituliert. Am Nachmittag des 29. Mai fällt den Deutschen die Stadt Merville, berühmt durch die vielen Sektkeller, in die Hand. Die Eberswalder, nur wenige Kilometer entfernt, erfahren es aus dem Radio. Die 3. PzDiv nimmt

Neuf-Berquin und kommt bis Baillieu (20 km nordwestl. von Lille). Der Kessel ist geschlossen. Der Kesselinhalt ist das belgische Heer und die französische Nordarmee.

Ins Herz Frankreichs

Die Stoßtruppen werden umgruppiert. Zunächst ein paar Tage Erholung. Die 6. Kompanie erhält gute Unterkünfte und findet eine Zentrifuge mit frischer Milch. Die Eberswalder buttern selber und essen »unverschämte Mengen – c'est la guerre!« Am dritten Tag der Erholung gibt es einen Feldgottesdienst. Der Feldgeistliche spricht vom »Opfertode gerade der Besten. Dies ist der Samen zum Neuerstehen unseres Vaterlandes.« Kompanieschreiber Michelsen findet: »Ein wundervoller Gedankengang«. Ein Marsch der ganzen Division über 100 km führt über Rombly, Norrent-Fontes, St. Hilaire, Tangry, St. Pol, Penin, Avesnes le Comte, Pommier, Bapaume und dann nach Belu. Auffällig am 3. Juni ist, daß die belgische Gendarmerie französische Kriegsgefangene transportiert. Dies imponiert: »Die Organisation ist eben alles bei uns«, schreibt Michelsen ins Kriegstagebuch.

Am 5. Juni beginnt um 4.15 Uhr der deutsche Angriff. Die Divisionsartillerie eröffnet die Schlacht. Die Dörfer Estrées, Bellon und Fay liegen in Staub und Trümmern. Panzer durchbrechen die Weygand-Linie, die letzte Stellung vor Paris. Es kommt zum erbitterten Häuserkampf um die stützpunktartig ausgebauten Dörfer. Innerhalb weniger Minuten fallen drei Zugführer. Nach anderthalb Tagen schießt die 8,8-cm-Flak das Dorf Fay sturmreif. Die 6. Kompanie wird abgezogen und umfährt im Bogen das Dorf, in dem die Trümmer noch brennen, zum nächste Zielort Ablaincourt. 500 m vor dem Dorf geht Unteroffizier Moder in die ersten brennenden Häuser. Eigene leichte Panzer und Panzerspähwagen sind auf französische Minen gefahren. Die Besatzung ist verbrannt und zerfetzt. Etwas weiter steht ein deutscher Brückenpanzer, zerschlagen durch Artilleriebeschuß. Im nächsten Dorf gibt es keinen Widerstand, 200 Franzosen ergeben sich.

Die 6. KrSchKp steht 100 km vor Paris in der Nähe von Marquilliers. Bei einem französischen Bombenangriff schießt die Flak drei Flugzeuge ab. Der nächtliche Angriff auf das Dorf wird vorbereitet. Mit aufgepflanzten Seitengewehren geht die Kompanie vor, selbst die Kraftfahrer sind dabei. Eine Scheune brennt lichterloh. »Hart vor der Scheune stoßen wir auf eine Sperre. Der Zug zieht sich auseinander mit der ungewissen Hoffnung, gleich mit einer Mine hochzugehen. Aber nichts passiert. Die Franzosen sind eben noch nicht raffiniert genug.« Dennoch bleibt der Angriff im französischen MG-Feuer liegen. Wieder verbucht die Kompanie mehrere Verwundete als Verlust. Erst einen Tag später wird das verlassene Marquilliers besetzt.

10. Juni 1940, 22.15 Uhr: Abmarschbefehl.

Die 6. Kompanie marschiert an der Spitze der Division in Richtung Aigle, 60 km vor Paris. Italien hat England und Frankreich den Krieg erklärt, tönt aus dem Radio. Zwischenstation im Schloß Langpont. Der Oberleutnant hält eine Rede, es werden Beförderungen wegen Tapferkeit vor dem Feinde ausgesprochen.

Am 12. Juni geht es weiter. In der Nacht ein Gefecht. Gefangene werden gemacht. Plötzlich wütest MG-Feuer mit Leuchtspur – von den eigenen Panzern! Ein Stückchen weiter fangen die Franzosen an zu schießen, »Uffz. Langner und Gefr. Gebauer legen kurzerhand 10 Kerle um, die auf die Sicherung auflaufen«. Später ergeben sich 40 Gefangene mit einem Offizier. Ohne weiteren Widerstand kommt die 6. Kompanie bis zur Seine. Die Brücke ist unversehrt. Pionieren bergen 15 Säcke mit gelben Sprengstoff aus dem Brückenbelag. Auf der anderen Seite der Seine wird einem Franzosen ein Gewehr aus dem Jahr 1870 abgenommen.

»15. Juni. Großes Gefecht bei St. Florentin. Die Gefangenen verstopfen die Straßen. Die Stadt wird im Süden erreicht. Überall Panik. Wo hinter einem Fahrzeug, im Graben, hinter einem Baum Widerstand aufwacht, wird dieser rücksichtslos mit dem Spaten oder der Handgranate gebrochen. Überall detonieren die Sprengladungen. Ein Munitionswagen mit schweren Granaten geht Stück für Stück in die Luft. Ein gewaltiges Inferno der Nacht – aber die Herren dieser Hölle«, so der Kompanieschreiber Michelsen, »sind wir!«

Am 25. Juni erfährt die Kompanie vom Waffenstillstand. Die 3. PzDiv hat zwischen dem 10. Mai und dem 25. Juni 1940 379 Tote, 1001 Verwundete und 9 Vermißte zu beklagen.



Eberswalde, Neue Kreuzstraße (Friedrich-Ebert-Str.) am 10. Juli 1940.

Triumphmarsch

10. Juli 1940. Wenige Kilometer trennen die 6. Kompanie von ihrer Heimatstadt. Halb zehnfährt die 6. von der Autobahn in Finowfurt ab. Die ersten Girlanden, Kinder winken. Die Bevölkerung steht links und rechts. Halten ist angesagt, warten bis 11 Uhr, dann geht es weiter. In Eberswalde fallen die Blumen in die Wagen und auf die Kräder, Fahnen an allen Häusern. Ein dichtes Spalier begeisterter Eberswalder. Die 6. fährt wie betäubt hindurch. »Ein glückliches Lächeln auf beiden Seiten.«

Viereinhalb Jahre später liegen die Eberswalder Straßen, durch die die 6. Kradschützenkompanie 1940 jubelnd einzog, in Trümmern.

HOLGER KLICHE, GWI Eberswalde

Tote nicht mehr namenlos

Eberswalde (bbp). Anfang Juni werden mehrere ehemalige Zwangsarbeiter aus Belorussland in Eberswalde und Umgebung die Stätten ihrer Leiden während des zweiten Weltkrieges besuchen. Das Walzwerk in Finow, die Papierfabrik in Spechthausen und das Waldlager in Britz gehören zu diesen Stätten. Einige waren noch Kinder, als sie mit ihren Eltern nach Eberswalde verschleppt wurden. Für Kurt Berus vom Geschichtswissenschaftlichen Institut (GWI) Eberswalde, vormals Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V., verbindet sich mit dem Besuch auch die Hoffnung, zwei bisher namenlose Todesopfer aus dem Zwangsarbeiterlager in Spechthausen nach mehr als 60 Jahren zu identifizieren. Einer der belorussischen Besucher, damals 7 Jahre alt, berichtete vorab davon, daß seine zweijährige Schwester und seine Tante die schweren Bedingungen in Spechthausen nicht überlebten. Beurkundet ist, daß Mitte der 90er Jahre die sterblichen Überreste einer Frau und eines Kindes von Spechthausen auf den Eberswalder Waldfriedhof umgebettet wurden. Damals war nur bekannt, daß es sich um unbekannte Opfer aus der Zeit des 2. Weltkrieges handelt.

Ausstellung und Begegnung

Seit dem 18. Mai ist in der Maria-Magdalenen-Kirche eine Ausstellung über Zwangsarbeit und KZ-Außenlager in Eberswalde aufgebaut. Dieses schwere Thema gehört zum Gedenken an das Ende der Nazi-Diktatur vor 60 Jahren und ist ein wichtiger Teil der jüngeren Regionalgeschichte. Der Blick auf manch alte Ruine in unserer Stadt bekommt eine neue Dimension durch die ausgestellten Bilder. Sicher bietet er Stoff auch für den Geschichtsunterricht. Aber es berührt auch heute Menschen. So laden wir ein zu einem Vormittag mit ehemaligen Eberswalder Zwangsarbeitern am Freitag, den 3. Juni 2005 von 10 bis 12 Uhr in der Maria-Magdalenen-Kirche. In der Biographie vieler von ihnen, sind hier die schlimmsten Erfahrungen des Lebens gemacht worden.

Die Ausstellung des Geschichtswissenschaftlichen Instituts Eberswalde ist noch bis zum 5. Juni zu sehen ist. Geöffnet ist die Kirche für Besucher dienstags bis sonntags von 10 bis 16 Uhr und sonntags von 14 bis 16 Uhr.

HANNS-PETER GIERING

Mit den Falken ins Zeltlager

25. Juni - 9. Juli Kinderfreizeit (7-13 Jahre)

in den **Spreewald** für 199 Euro!

14. Juli - 3. August Jugendfreizeit (ab 14 Jahre)
nach **Italien** (bei Neapel) für 419 Euro!

Anmeldung unter 0331-5813240 oder sjd@falken-brandenburg.de

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Kindern und Jugendlichen. Mit den Falken können Kinder und Jugendliche Mitbestimmung und Selbstorganisation erleben, ins Zeltlager fahren, politisch aktiv werden oder sich als Freiwillige in der Gruppenarbeit engagieren. Seit 100 Jahren setzen sich die Falken für die Interessen von Kindern und Jugendlichen ein.

Vernissage im Bürgerzentrum

Am 29. April wurde die erste von vielen nachfolgenden Ausstellungen im Bürgerzentrum der PDS Bernau eröffnet. Bis Ende Juni haben nun interessierte Besucher Gelegenheit, sich sowohl an den Aquarellen der Malerin Ruth Fabig zu erfreuen, aber auch die Skulpturen aus Holz und Stein des spanischen Künstlers Pedro Bravo zu sehen. Beide Künstler gehören dem Volkskunst- und Kulturzentrum Schatzhüter e.V. an, deren Vorsitzende, Frau Charlotte Wagner, während dieser kleinen Vernissage über dessen Anliegen berichtete und Zukunftspläne darlegte. Wie sie betonte, geht es um den Erhalt oder auch die Wiederentdeckung von Volkskunst. Unter dem Dach von Schatzhüter e.V. haben gerade die kleinen Volkskünstler eine Chance, aus ihrem Hobby

etwas mehr zu machen, da sie hier die Möglichkeiten dazu haben. Gerade die alten Techniken sollen der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Möglicherweise finden sich ja weitere Interessierte, die Ideen haben und einen Ort suchen, wo sie sich verwirklichen können.

Aber nicht nur der Verein soll seine Werke präsentieren können. Einige Künstler haben schon ein Interesse an einer Ausstellung angemeldet, die in regelmäßigem Rhythmus wechseln wird. Zu besichtigen sind die Kunstwerke Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag immer von 9 bis 17 Uhr im Bürgerzentrum der PDS Bernau, Berliner Straße 17. Weitere Informationen erhalten Sie unter der Rufnummer 03338-5881 oder 03338-459543.

BÄRBEL MIERAU

Zweisprachig entlang der Oder

Deutsch-polnische Radtour mit der BUNDjugend

Sportlich und multikulturell wird es in diesem Sommer bei der BUNDjugend Brandenburg und Berlin. Vom 15. bis zum 25. Juli 2005 sind alle Interessierten im Alter von 15 bis 25 Jahren eingeladen, sich auf die Drahtesel zu schwingen und gemeinsam mit polnischen Jugendlichen von Schwedt bis Guben zu fahren. Natürlich bleibt in zehn Tagen genug Zeit, Land und Leute kennenzulernen und interessante Exkursionen entlang der Oder zu unternehmen. Geradelt und übernachtet wird auf deutscher und auf polnischer Seite.

Mit dieser Radtour will der Umweltverein nicht nur einen kulturellen Austausch und eine Vernetzung zwischen den Teilnehmern erreichen, sondern auch zeigen, was umweltfreundlicher Tourismus ist. Die Kosten für Unterkunft, Verpflegung, neue Bekanntschaften und unzählige Erfahrungen betragen rund 90 Euro.

Anmelden kann man sich ab sofort bei der BUNDjugend Brandenburg, Fr.-Ebert-Straße 114a, 14467 Potsdam, Tel.: 0331 951191 oder per Email an bundjugend-bb@bund.net.

KERSTIN HILDEBRANDT, BUNDjugend Brdb.

3. Mühlespielmeisterschaft

Bei herrlichem Sonnenschein fanden sich am Pfingstmontag 2005 ca. 50 Besucher in der Zainhammer Mühle in Eberswalde ein. 20 von ihnen nahmen an der anlässlich des Deutschen Mühlentages vom Kunstverein »Die Mühle e.V.« ausgerichteten Mühlespielmeisterschaft teil. Es spielten Teilnehmer im Alter zwischen 8 und 68 Jahren an vier tischgroßen Mühlebrettern mit handtellergroßen Mühlesteinen um den Sieg. Zwei der Teilnehmer waren zu Pfingsten sogar aus Rebesgrün im Voigtland angereist.

Die jüngsten Teilnehmerinnen Nicole und Annika Pürsch (8 Jahr und 12 Jahre alt) gingen mit einer Anerkennung für die Teilnahme – je ein Holzfishanstecker von Nadine Schonhöft – nach Hause. Auch der Trostpreis für den absoluten Verlierer – ein Holzesel auf Mühlensockel – war von Nadine Schonhöft, eine aktive Holzgestalterin aus der Mühle, gefertigt worden. Aus dem ca. drei Stunden dauernden Kampf – bei größter Konzentration war es zeitweise so still in der Mühle, daß man die Holzwürmer im Gebälk knabbern hören konnte – ging als Siegerin Frau Barbara Renning aus Eberswalde hervor. Sie erhielt als Preis das Bild »Alter Mühlstein« von Reinhard Wienke, der als Initiator der Meisterschaft sogar im echten Müllerkostüm erschienen war.

Unsere weiteren Mühlertermine: Am 04.06.2005 wird mit der Vernissage um 14.30 Uhr die 67. Ausstellung in der Zainhammer Mühle von Sören Beseler »Dauer eines Augenblicks« eröffnet. Die Zainhammer Mühle finden Sie in der Nähe vom Krankenhaus und Zoo Eberswalde.

VERONIKA BRODMANN

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Fischer (1), GWI (2), Markmann (5), Triller (2), Walter (1)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktions-schluß: 21. Mai 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßig 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 18.6.2005, 12 Uhr.